



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

59. Sitzung

5. Wahlperiode

Freitag, 19. Dezember 2008, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Vizepräsidentin Renate Holznagel, Vizepräsident Andreas Bluhm
und Vizepräsident Hans Kreher

Inhalt		Änderung der Tagesordnung gemäß § 74 GO LT	
Änderung der Tagesordnung	3	Dr. Marianne Linke, DIE LINKE (zur Geschäftsordnung)	15
Antrag der Fraktion der NPD: Grundlage für Piraterie entziehen – sinnvollen Einsatz der deutschen Marine am Horn von Afrika durchsetzen – Drucksache 5/2061 –	3	Jörg Heydorn, SPD (zur Geschäftsordnung)	15
Udo Pastörs, NPD	3, 7	B e s c h l u s s	16
Peter Ritter, DIE LINKE	5	Antrag der Fraktion der FDP: Tele- und Heimarbeit in der Landesverwaltung – Drucksache 5/2052 –	16
B e s c h l u s s	8, 28	Sigrun Reese, FDP	16, 20
Antrag der Fraktion DIE LINKE: Mittel- und langfristige Schritte in der Kulturpolitik der Landesregierung – Drucksache 5/2042 –	9	Minister Lorenz Caffier	17
Torsten Koplín, DIE LINKE	9, 14	Dr. Gottfried Timm, SPD	18
Jörg Vierkant, CDU	11	Peter Ritter, DIE LINKE	19
Hans Kreher, FDP	12	Wolf-Dieter Ringguth, CDU	19
Raimund Borrmann, NPD	12	Stefan Köster, NPD	20
Dr. Klaus-Michael Körner, SPD	13	B e s c h l u s s	21
B e s c h l u s s	15	Antrag der Fraktion der FDP: Entwicklungskonzept für eine Politik für Menschen mit Behinderungen – Drucksache 5/2053 –	21
		Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 5/2106 –	21

Ralf Grabow, FDP	21, 26
Ministerin Manuela Schwesig	22
Harry Glawe, CDU	22
Irene Müller, DIE LINKE	24
Jörg Heydorn, SPD	25
Stefan Köster, NPD	25
B e s c h l u s s	26

Nächste Sitzung

Mittwoch, 28. Januar 2009	27
---------------------------------	----

Beginn: 9.03 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 59. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wollte ich eigentlich Frau Dr. Seemann zum Geburtstag gratulieren,

(Helmut Holter, DIE LINKE,
und Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Wir auch. – Dr. Armin Jäger, CDU:
Das haben wir gemeinsam.)

aber sie ist noch nicht da. Wir verschieben das dann noch einmal nach hinten, wenn sie denn auch anwesend ist.

Die Fraktion DIE LINKE hat einen Dringlichkeitsantrag zum Thema „Finanzierung von AGnES im Jahr 2009 sichern“ vorgelegt, der auf Drucksache 5/2110 verteilt wird.

Meine Damen und Herren, wir werden diese Vorlage, um die die Tagesordnung erweitert werden soll, nach Verteilung an die Mitglieder des Landtages sowie einer angemessenen Zeit für eine Verständigung innerhalb und zwischen den Fraktionen nach dem Tagesordnungspunkt 32 aufrufen. Ich werde dann auch das Wort zur Begründung dieses Dringlichkeitsantrages erteilen sowie die Abstimmung über dessen Aufsetzung durchführen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich möchte weiterhin bekannt geben, dass nach Ende der Plenarsitzung eine Ältestenratssitzung stattfinden wird.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 31:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Grundlage für Piraterie entziehen – sinnvollen Einsatz der deutschen Marine am Horn von Afrika durchsetzen, Drucksache 5/2061.

**Antrag der Fraktion der NPD:
Grundlage für Piraterie entziehen –
sinnvollen Einsatz der deutschen Marine
am Horn von Afrika durchsetzen
– Drucksache 5/2061 –**

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete der Fraktion der NPD Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein hochaktuelles Thema. Wir haben mit der derzeitigen Entwicklung vor der Küste Somalias ein trauriges Beispiel für das Scheitern einer Globalisierungspolitik, meine Herrschaften von den Systemparteien, das Sie zu verantworten haben. Und diese Verantwortung ist nicht etwa eine Verantwortung, die allein auf europäischer Ebene oder auf Bundesebene zu tragen wäre, nein, die Globalisierung hat uns längst eine Weltinnenpolitik beschert, die den klassischen Gegensatz von Außen- und Innenpolitik nicht mehr kennt.

Auch wir tragen hier im Land Mecklenburg-Vorpommern die Folgen dessen, was auf Bundes- und Europaebene beschlossen wird. Nicht nur, dass wir ganz einfach zur Kasse gebeten werden, durch die Globalisierungspolitik entstehen auch kulturelle und gesellschaftliche Probleme, die bis in die Kreise und Kommunen hineingetragen werden. Global handeln, lautet Ihre großspreche-

rische Forderung, und lokal ertragen müssen, das ist die Realität für die Bürger hier im Lande.

Weil das so ist, haben wir uns mit diesen Themen hier auch inhaltlich zu beschäftigen. Nicht in solchen Beschwörungsreden, wie Sie das hier immer auf NPD-Anträge abliefern, sondern wir müssen eine inhaltlich differenzierte Auseinandersetzung mit diesem Thema und zur Lage hier heute bitte schön durchführen.

Der moderne Nationalismus hat begriffen, dass es kein Gegeneinander der Völker mehr geben kann, weil von diesem Gegeneinander lediglich die liberal-kapitalistischen Hasardeure profitieren.

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktionen der CDU und FDP –
Gino Leonhard, FDP: Wird das eine
Parteitagsrede oder was wird das jetzt?)

Die NPD spricht sich in diesen Tagen dezidiert gegen Kampfeinsätze der Bundeswehr aus, Herr Roof. Nicht etwa, weil wir keine internationalen Dimensionen der Politik erkennen würden – unsere politischen Grundsätze sind von den Vorstellungen einer Geopolitik getragen, die die Politik der Völker, Nationen und Staaten mit der Beherrschung der natürlichen und geografischen Lebensräume verbindet. Aus nationaler Sicht kann es natürlich Kampfeinsätze geben, allerdings nur dann, wenn sie erstens den Interessen Deutschlands nutzen und wenn sie zweitens nicht gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker verstoßen.

(Zurufe von Andreas Bluhm, DIE LINKE,
und Torsten Koplín, DIE LINKE)

Die jetzt von der Bundesrepublik unterstützten Kriegseinsätze sind hier das blanke Gegenteil. Sie nutzen nicht den Interessen Deutschlands, sie verstoßen gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker und deshalb lehnen wir sie vehement ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

Überdies schafft diese Interventionspolitik erst jene internationalen Probleme, die sie zu bekämpfen vorgibt. Dass diese Politik von Ihnen, meine Herrschaften, unterstützt und mit dem Siegel der Humanität versehen wird, das ist ein Gipfel des Zynismus.

Das Beispiel Somalia und die Bekämpfung der Piraterie, die jetzt in Berlin so nassforsch betrieben wird, zeigt Ihr wirkliches, völkerverachtendes Weltbild, meine Damen und Herren. Sie gebärden sich ja bekanntlich als die Ausländerfreunde

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

und eigentlich kaschieren Sie damit nur eine Politik, die zutiefst ausländerfeindlich ist. Somalia ist eines der traurigen Beweise einer verfehlten US-Interventionspolitik.

(Gino Leonhard, FDP: Ja, ja.)

Das Land war im letzten Jahrhundert bereits das Wrack einer britischen und vor allem den Kapitalinteressen dienenden Kolonialpolitik geworden. 1992, wir erinnern uns auch an das erste Engagement deutscher Einheiten, landeten die US-amerikanischen Operettentruppen an der Küste Somalias, um den Bürgerkrieg angeblich zu beenden.

(Michael Roof, FDP: Wer
hat Ihnen das nur aufgeschrieben?)

Drei Jahre später, nachdem Geld in Hülle und Fülle auch vom deutschen Steuerzahler aufgebracht werden musste, war das Abenteuer vorbei. Das Land war noch kaputter als vorher und Afghanistan ist nur die konsequente Fortsetzung der durch Sie unterstützten Pleitepolitik, die in Somalia ihren Anfang nahm.

(Gino Leonhard, FDP: Ja, ja.)

Das Ergebnis war ein praktisch nicht mehr vorhandener Staat mit korrupten Eliten, die ein besonders gutes Verhältnis mit global agierenden Firmen pflegen. Und wo ein Vakuum entsteht, das merken wir hier in Deutschland beim allmählichen Abbau der Staatlichkeit, da übernehmen fremde Mächte das Regiment. Die Küste Somalias wurde seit 1992 zum Tummelplatz europäischer und asiatischer Fischfangflotten. Also auch unsere global agierenden Reeder, die aus Profitgründen ihre Fangflotten ausflaggen und lieber unter der Fahne Panamas, Belizes oder von Honduras die Weltmeere in Sachen Profitabschöpfung kreuzen, fischten den somalischen Fischern in den letzten zehn Jahren konsequent ihre Nahrungsgrundlage weg.

Internationale Berichte gehen von einem geschätzten Schaden für dieses Land von jährlich 94 Millionen Dollar aus. Die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO berichtete, dass nach 1992 Hunderte von ausländischen Großfangflotten Jagd auf Tunfisch, Hai und Shrimps machten. Die Menschenrechtsorganisation Environmental Justice Foundation berichtete von brutalen Übergriffen auf einheimische Fischer. Deren Boote wurden gerammt, Wasserkanonen kamen zum Einsatz, Netze wurden gekappt, die Einheimischen mit ihren kleinen Booten davongejagt, ja, kleine Fischerboote sogar versenkt.

Meine Damen und Herren, was sollen diese Fischer denn da machen? Nach Europa auswandern, wo sie dann in Mecklenburg-Vorpommern oder in Italien von Ihnen als billige Arbeitskräfte herzlich begrüßt werden? Das ist doch Ihre Politik. Sie von den Systemparteien schauen zu, wie diese liberalkapitalistische Wirtschaftsordnung den Menschen in aller Welt die Lebensgrundlage entzieht,

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Gino Leonhard, FDP: Es hört keiner zu!)

denn die Globalisierung ist die Ursache für die weltweiten Wanderungsbewegungen. Oder glauben Sie, ein Somali käme hier nach Pommern oder Mecklenburg wegen der schönen gelben Rapsfelder, von denen Herr Sellering so oft schwärmt? Oder etwa wegen Herrn Sellering selbst? Diese Leute haben keine Heimat mehr, weil Ihre Politik, die Politik Ihrer US-amerikanisch hörigen Parteien, ihnen diese Heimat systematisch weltweit zerstört.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter Pastörs, beachten Sie die Würde des Hauses auch in Ihrem Redebeitrag.

Udo Pastörs, NPD: Ihre Politik verachtet die Völker der sogenannten Dritten Welt ebenso wie Sie das eigene Volk verachten.

(Gino Leonhard, FDP: Wir
verachten Sie, sonst niemand! –
Reinhard Dankert, SPD: Sie kennen
gar keine Menschenrechte!)

Und, Herr Kreher, bevor Sie wieder salbungsvoll damit kommen, für uns Nationale seien die Menschenrechte teilbar, nein, Herr Kreher, das sind sie nicht.

(allgemeine Unruhe)

Dadurch unterscheiden wir uns von Ihnen. Wir begrüßen Vertreibung nicht vor 1945 und auch nicht danach. Wir verurteilen Vertreibung im 20. Jahrhundert ebenso wie im 21. Jahrhundert.

Und Ihre Globalisierungspolitik, Herr Kreher, die Politik eines uneingeschränkten freien Marktes, wie das die FDPler immer fordern, das ist die organisierte Vertreibung der Moderne, für die auch und gerade Sie von der FDP-pseudophilanthropischen Fraktion mitverantwortlich sind.

(Gino Leonhard, FDP: Was?!)

Es ist deshalb geradezu aberwitzig,

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

wenn Sie jetzt in Ihren Parteien sich hinstellen und beschließen, die deutsche Marine solle die Piraten bekämpfen, möglichst noch robust, also mit Schießbefehl, wie das so schön heißt. Sie bekämpfen die Opfer und nehmen sie dann später hier auch in Mecklenburg-Vorpommern als Flüchtlinge auf. Und dann heucheln Sie Humanität. Herzlichen Glückwunsch! Das ist Ihre Politik.

(allgemeine Unruhe –

Gino Leonhard, FDP: Sie reden über Opfer?!)

Wir von der NPD empfehlen Ihnen einen anderen Weg: Sorgen Sie bei Ihren Parteifreunden in Berlin dafür, dass unsere Truppen aus aller Herren Länder schlecht ausgerüstet und in einem sinnlosen Einsatz stehend wieder zurück nach Deutschland kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Reinhard Dankert, SPD: Wollen Sie die
Wehrmacht wieder herstellen? –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Wir wollen nicht der Hilfspolizist Israels sein, meine Damen und Herren. Wir wollen uns nicht zum Erfüllungsgelhilfen einer verbrecherischen, nämlich Ihrer Politik machen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Bevor die deutsche Marine, wenn sie dann am Horn von Afrika nur fremde Interessen vertritt, ebenfalls wieder in ihren Heimathafen einfährt, soll sie sich darum kümmern, dass asiatische und europäische Raubfischer somalische Gewässer schnellstmöglich verlassen.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Deutsche Schiffe mag unsere Marine dann auch noch schützen. Nicht aber wollen wir diejenigen schützen, die aus Profitgründen ausgeflaggt haben. Die Gewinne wirtschaften sich diese Damen und Herren in die eigene Tasche. Sie sorgen damit dafür, dass der Beruf des Matrosen in Deutschland allmählich ausstirbt, und nun rufen diese internationalisierten Raubfischer nach militärischer Unterstützung auch von der Bundeswehr, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Sie, meine Damen und Herren, aber können nur Luftblasen hier hervorbringen, weil Sie ahnen, dass diese Politik, also eine nationale Politik, ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Udo Pastörs, NPD: ... die einzigste Lösung ist,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Einzige heißt das!)

die Konflikte in der Welt langfristig zu entschärfen. Und das wollen Sie nicht, weil Sie dadurch Ihre Profite schwinden sehen, ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, kommen Sie jetzt bitte zum Ende.

(allgemeine Unruhe –
Harry Glawe, CDU: Man muss
ihm doch jetzt das Wort entziehen!)

Udo Pastörs, NPD: ... und das zum Zeitpunkt mit dem Wollen einer NPD-Fraktion im Landtag und einer Landespartei oder einer Bundespartei der NPD, meine sehr verehrten Damen und Herren. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter Pastörs, ich möchte Sie noch mal darauf aufmerksam machen, wenn Sie aufgefordert werden, dass die Rede zu beenden ist, dann ist das auch zu tun.

Das Zweite: Ich möchte Ihnen einen Ordnungsruf erteilen für Ihre Äußerung „verbrecherische Politik“. Das ist diesem Hause nicht angemessen.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Raimund Borrmann, NPD)

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Stefan Köster, NPD:
Der Rächer der Demokraten!)

Sie hörten eben eine Rede, eine Bewerbungsrede zum NPD-Vorsitz.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Nur, Herr Pastörs, Sie werden hier im Haus weder zum NPD-Vorsitzenden noch zu irgendetwas anderem gewählt.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der
Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Heinz Müller, SPD: Das ist auch gut so. –
Reinhard Dankert, SPD: Aber ein
neues Jackett hat er.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Jahresende präsentiert die NPD-Fraktion noch einmal die ganze Bandbreite ihres parlamentarischen Nicht-Könnens. Vorliegender Antrag ist erstens schlecht recherchiert, vermengt zweitens alle Schreckgespenster, die die NPD regelmäßig an die Wand malt, und widerruft drittens bisherige Positionen der NPD, soweit sie diese im Zusammenhang mit dem Horn von Afrika überhaupt hatte.

(Reinhard Dankert, SPD: Aha!)

Zu erstens: Neben der von der NPD-Fraktion im Antrag angesprochenen Operation „Enduring Freedom“ gibt es mit der heute im Bundestag zu entscheidenden EU-Mission „Atalanta“ insgesamt schon drei Missionen zur Bekämpfung der Piraterie. Das ist den Herren der NPD offensichtlich nicht aufgefallen.

(Udo Pastörs, NPD: Doch, das ist sehr
aufgefallen, aufgestoßen vor allem.)

Herr Pastörs, lesen und verstehen Sie Ihren Antrag zunächst einmal. Es geht ferner nicht nur um die Verhinderung von, wie Sie schreiben, zuwiderlaufenden Fängen der europäischen und asiatischen Fischfangflotten vor der Küste Somalias, sondern, ...

(Udo Pastörs, NPD: Jetzt kommen Sie
wieder mit der humanitären Komponente.)

Hören Sie zu, Herr Pastörs!

... sondern auch und vor allem um die Sicherstellung von Transporten des Welternährungsprogramms, die zu 90 Prozent über den Seeweg abgewickelt werden. Es geht um die Verhinderung des Versenkens von Giftmüll und um die Verhinderung von illegalem Fischfang.

(Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

Zu zweitens, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die NPD nutzt diesen Antrag, um erneut das Gespenst der polnischen Piratenfischerei, das Gespenst der ungezügelten Einwanderung, das Gespenst der Ausplünderung der Sozialkassen zu thematisieren.

(Stefan Köster, NPD: Sie können
ja noch nicht einmal Zeitung lesen! –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das aber, Herr Köster, entspricht den wichtigsten Formen des Agierens der NPD – Ängste schüren, Sprüche klopfen, an Problemlösungen nicht interessiert sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, einen Moment bitte mal.

Ich erteile den Abgeordneten Herrn Köster und Herrn Andrejewski einen Ordnungsruf, denn auch in Zwischenrufen ist es nicht zulässig, dass hier persönliche Betroffenheiten ausgelöst werden.

(Michael Andrejewski, NPD:
Gespenst ist keine Beleidigung!)

Die Art und Weise ist schon eine Beleidigung und ich erteile Ihnen dafür jetzt diesen Ordnungsruf.

(allgemeine Unruhe – Heiterkeit bei
Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Bitte, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Peter Ritter, DIE LINKE: Danke schön.

Zu drittens, liebe Kolleginnen und Kollegen: Aus einem nationalistischen Blickwinkel heraus, Europa- und Weltpolitik bisher immer ablehnend, entdeckt die NPD in dem vorgelegten Antrag nunmehr eine europa- und weltpolitische Verantwortung der Bundesregierung. Und noch vor wenigen Wochen forderte die gleiche NPD-Fraktion hier im Parlament die sofortige Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist richtig.)

Mit dem heute vorliegenden Antrag fordert die NPD die Landesregierung nunmehr auf, sich via Bundesratsinitiative für ein robustes Mandat der Marine einzusetzen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Michael Roof, FDP: Ja.)

Sie müssten Ihren eigenen Antrag mal verstehen lernen, Herr Pastörs. Was wollen Sie eigentlich, meine Herren von der NPD?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Zuruf von Michael Roof, FDP)

Heute hü und morgen hott. Der Landtag ist kein Stammtisch, wo die Meinungen munter von der Uhrzeit und vom Pegelstand des Bieres abhängen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zuruf von Michael Roof, FDP)

Sie glauben doch nicht allen Ernstes, dass wir solchen schlecht recherchierten, alle Schreckgespenster an die Wand malenden und schließlich in sich widersprüchlichen Anträgen zustimmen?!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in meiner Erwidernung zum schon erwähnten Antrag der NPD-Fraktion zum sofortigen Stopp aller Auslandseinsätze der Bundeswehr habe ich ausführlich zu den unterschiedlichen Positionen der demokratischen Fraktionen zu dieser Thematik Stellung genommen. Eine erneute Aufzählung dessen will ich mir heute daher ersparen. Ich will aber noch einmal deutlich unterstreichen, dass darin genau unsere Stärke besteht. Und da ist es völlig egal, ob Voigt noch Bundesvorsitzender der NPD ist oder Pastörs Möchtegern-Vorsitzender sein will. Wir, die demokratischen Fraktionen, meine Herren von der NPD, werden Ihnen so oder so die Stirn bieten.

(Raimund Borrmann, NPD: So wie bei der Wirtschaftskrise?)

Wir haben zunehmend gelernt, mit unterschiedlichen Positionen umgehen zu können und im Wissen darum den Meinungsstreit mit Wählerinnen und Wählern zu führen und gleichzeitig populistische Anträge der NPD abzulehnen.

(Michael Andrejewski, NPD: Das haben Sie in der SED-Zeit gelernt.)

Unterschiedliche Positionen, Herr Andrejewski, da bin ich mir sicher, gibt es unter den Demokraten

(Stefan Köster, NPD: Seit wann sind Sie ein Demokrat? – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und unter Völker- und Verfassungsrechtlern auch hinsichtlich der Bekämpfung der Piraterie. Zunächst ist festzustellen – Herr Andrejewski, hören Sie zu, vielleicht lernen Sie noch mal etwas –,

(Stefan Köster, NPD: Sie haben doch die Grenze vor dem westdeutschen Faschismus geschützt! – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

dass es sich hierbei um kein neues Phänomen handelt. Der Völkerrechtler von Heinegg stellt dazu in einem Interview bei „Welt online“ fest, ich zitiere: „Viele denken

bei Piraterie noch an das Klischee von Freibeutern mit schwarzer Augenklappe“

(Stefan Köster, NPD: Die vermisste ich bei Ihnen.)

„und Holzbein, also an ein historisches Phänomen. Das aber ist es nicht. Wir haben seit Jahren regelmäßig Hunderte bewaffnete Raubüberfälle, vor allem in asiatischen und südamerikanischen Gewässern. Die Zahl der Piratenüberfälle am Horn von Afrika ist allerdings tatsächlich in jüngster Vergangenheit eklatant gestiegen.“

(Gino Leonhard, FDP: Richtig.)

„Das hat mit dem Fehlen einer effektiven Regierungsgewalt in Somalia zu tun, die auch nur halbwegs in der Lage wäre, für Sicherheit zu sorgen.“

Die Zunahme der Piraterie – allein 2007 wurden weltweit 260 Kaperangriffe von Piraten auf Handelsschiffe gezählt – ließ den Ruf nach internationalen Lösungen laut werden. Auf Grundlage des internationalen Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen und entsprechender Resolutionen des UN-Sicherheitsrates aus dem Jahr 2008 entstand die EU-Mission „Atalanta“, die heute zur Abstimmung im Bundestag steht.

Die rechtlichen Grundlagen für den Einsatz der deutschen Marine innerhalb dieser Mission sind verfassungsrechtlich umstritten. Zwei Strategien werden dabei diskutiert. Zum einen wird der Artikel 87a Absatz 2 des Grundgesetzes herangezogen, zum anderen wird auf Artikel 25 Grundgesetz in Verbindung mit dem Völkergewohnheitsrecht verwiesen. Besonders strittig dabei ist die Ermächtigung des EU-Beschlusses, dass Soldaten auch polizeiliche Aufgaben, wie Aufgreifen, Festhalten und Überstellen von Verdächtigen, durchführen dürfen. So strittig die verfassungsrechtlichen Fragen sind, so strittig sind auch die Positionen der demokratischen Parteien.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag Peter Struck bewertet den Einsatz der Marine gegen Piraten als Kampfeinsatz, obwohl das aktuelle SPD-Programm dazu etwas anderes sagt. Der FDP-Verteidigungsexperte Rainer Stinner kritisierte den Einsatz, ich zitiere, „als nach wie vor halbherzig“, denn, ich zitiere weiter, „eine aktive Rolle der Bundesmarine im Kampf gegen die Piraterie ist kaum zu erkennen.“ Ende des Zitats.

(Gino Leonhard, FDP: Ganz genauso ist es.)

Die Bundestagsfraktion der CDU begrüßt den Einsatz, während die Grünen von einem Armutszeugnis sprachen und forderten, dass das, ich zitiere, „Neben-, Durch- und Gegeneinander der Bündnispartner in drei verschiedenen Operationen besser koordiniert werden müsse.“ Der Sicherheitsexperte der Fraktion DIE LINKE im Bundestag Paul Schäfer kritisierte die Untergrabung der Kontrollrechte des Parlaments und sagte, ich zitiere: „Die informellen Zusagen der Bundesregierung und der bereits erfolgte Start der Mission ‚Atalanta‘ degradiert den Bundestagsbeschluss zu einer lästigen Formsache“. Zitatende.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, angesichts dieser unterschiedlichen Positionen und Bewertungen bin ich persönlich nahe bei dem Leiter des ostafrikanischen Seeleuteprogramms Andrew Mwaguaru, der sagte, dass das Problem allein militärisch nicht zu lösen sei. Vielmehr müsse die Ursache des Problems, die Armut, bekämpft werden.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen DIE LINKE und FDP)

Auch der Wehrbeauftragte des Bundestages Robbe mahnte im Nachrichtensender N 24, ich zitiere: „Sonst macht dieser Einsatz keinen Sinn.“

Und hier, liebe Kolleginnen und Kollegen, kommen wir wieder zur NPD. Den antragstellenden Herren, das wissen wir aus der Programmatik der NPD, ihren historischen Wurzeln

(Michael Andrejewski, NPD: Wo sind denn Ihre historischen Wurzeln?)

und ihrem aktuellen Agieren, ist die Bekämpfung der Armut in Afrika letztendlich vollkommen egal.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Gabriele Měšťan, DIE LINKE: So ist es.)

Und auch deshalb werden wir Ihrem Antrag nicht zustimmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss meiner Rede möchte ich – sicher auch im Namen aller demokratischen Fraktionen – den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, die sich im Auslandseinsatz befinden, herzliche Grüße zum bevorstehenden Weihnachtsfest übermitteln.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es. – Udo Pastörs, NPD: Darauf warten die. – Michael Andrejewski, NPD: Wie wäre es mit einem Weihnachtswunsch? – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Verbunden sind diese Grüße mit der Hoffnung, dass sie bald und unversehrt in die Heimat zurückkehren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verbunden sind diese Grüße mit der Hoffnung, dass es die Gemeinschaft der Völker endlich lernt, dass sich auf Bajonettspitzen auf Dauer Frieden und Gerechtigkeit nicht erzwingen lassen. Mit „Friedensverpflichtung, Gewaltfreiheit“ ist der von uns gemeinsam in die Landesverfassung eingefügte neue Artikel 18a überschrieben. Machen wir diesen Verfassungsartikel zur Richtschnur unseres Handelns, dann haben die Feinde der Demokratie und der Verfassung keine Chance. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Stefan Köster, NPD: Dann müssen Sie ja Ihre Politik ändern.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ritter.

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der NPD Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Ritter, Sie bedienen sich einer Rhetorik, wie Sie das von den Amerikanern mittlerweile sehr gut gelernt haben anscheinend.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Helmut Holter, DIE LINKE: Das hat Herr Ritter gerade nicht! –

Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Das hat er nicht nötig! – Peter Ritter, DIE LINKE: Schreien Sie nicht so laut! – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Sie schieben vor humanitäres Engagement und meinen damit die Stabilisierung der Ausplünderungsmöglichkeit durch internationale Fischfangflotten.

(Reinhard Dankert, SPD: Mein Großvater hat immer gesagt, wer schreit, hört auf zu denken.)

Ihr Bündnispartner George Bush ...

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ja, Ihr Bündnispartner. Der Bündnispartner der Bundeswehr, einer Streitmacht, zu deren Staat Sie sich bekennen, sagt:

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie wissen wirklich nicht, was Sie schwatzen. – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Irene Müller, DIE LINKE)

We say what goes. Wir sagen, was abläuft.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Das denken Sie sich so!)

Und der gleiche Mann sagt auch: Wer uns nicht die Türe öffnet, dem treten wir sie ein. Und hier liegt die Krux. Das hat Roosevelt schon vor vielen Jahren gesagt und das exekutiert die amerikanische Politik nach dem Zweiten Weltkrieg und ganz speziell nach dem Fall der Mauer ohne Grenzen weltweit, nicht nur in Somalia, nicht nur in Afghanistan, sondern weltweit.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Warum schreit der eigentlich so? Draußen hört Sie sowieso niemand, Herr Pastörs! – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Wenn ein Volk das Pech hat, dass es auf Bodenschätzen sitzt und einer demokratisch-parlamentarischen kapitalistisch konstruierten Regierungsform widersagt,

(Irene Müller, DIE LINKE: Hat er gerade gesagt, dass er die Mauer wiederhaben will? – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen DIE LINKE und FDP)

dann gehe die internationale Völkergemeinschaft notfalls auch militärisch gegen diese Völker vor, um die Demokratie und die Freiheit in diese Länder hineinzubomben, um anschließend dann das tun zu können, was sie im Irak gerade dabei ist oder versucht zu tun. Wir sind der Überzeugung, ohne letztendlich Erfolg zu machen, nämlich das Ausplündern der Rohstoffe dieser Länder abgesichert durch einen militärischen Komplex, und das weltweit, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Der braune Friedensengel! – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das glaubt ihm sowieso keiner!)

Die Weltamerikanisierung wird hoffentlich an der Leistungsfähigkeit, an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und damit auch am militärischen Niedergang der Vereinigten Staaten von Amerika scheitern.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich denke, wir reden jetzt über die armen Somalier?)

Ihre Ausführungen, die Sie zur Bundesrepublik Deutschland und zur Bundeswehr gemacht haben, möchte ich ergänzen durch ein paar Zahlen des Rüstungsimportes im letzten Jahr.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie haben ja auch gedient als Soldat auf Zeit, habe ich gehört.)

Eine rasante Steigerung – 8,8 Milliarden sind dort in alle Herren Länder verkauft worden, auch in Spannungsgebiete. Wir haben 427 Leopard-Panzer nahezu in der ganzen Welt verhöckert. Wir haben eine Bürgerschaft vorliegen des Bundes von drei U-Booten, die Bürgerschaft abgesichert vom Bund mit 1 Milliarde.

(Zurufe von Andreas Bluhm, DIE LINKE, Gabriele Měšťan, DIE LINKE, und Gino Leonhard, FDP)

Es tauchen in Georgien ebenso deutsche Waffen auf,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie fordern doch das Mandat für die Marine! Lesen Sie Ihren Antrag und erzählen Sie nicht so einen Unsinn. Sie erzählen einen Käse. Das hat mit Ihrem Antrag nichts zu tun!)

ohne dass man erklären könnte, wie sie dort hingelangt sind, wie in Somalia selbst, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das nenne ich verbrecherische Politik, meine Damen und Herren. Das wiederhole ich hier ausdrücklich.

Und noch eins: Sorgen Sie dafür, dass die Folterkammer in Guantanamo möglichst schnell geschlossen wird!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir?)

Sorgen Sie dafür, dass Ihre Humanität auch mit Leben erfüllt wird.

(Gino Leonhard, FDP: Gerade Sie, gerade Sie! – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Derjenige, der den Holocaust bestreitet!)

Und dann noch das Geschwätz von den Liberalen. Menschenverachtend nennen Sie unsere Politik. Ich kann Ihnen nur raten,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ist sie doch auch. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist sie doch auch. Stehen Sie doch dazu, Herr Pastörs!)

ich kann Ihnen nur raten, einen Blick in die Zeitungen der letzten Tage zu werfen, wo ein stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Liberaldemokraten vorgeschlagen hat, dass die Hartz-IV-Empfänger

(Gino Leonhard, FDP: Sie sollten über den Antrag sprechen.)

nicht nur Flaschen sammeln sollen, sondern in Berlin auf Rattenjagd gehen sollen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was hat denn das mit dem Mandat zu tun?)

dann hätten sie die Möglichkeit, pro erlegter Ratte 1 Euro Zubrot sich zu verdienen.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Pastörs, reden Sie bitte zu Ihrem Antrag.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht ein Satz zu dem dussligen Antrag. – Gino Leonhard, FDP: Das ist unglaublich!)

Udo Pastörs, NPD: Das ist Ihre menschenverachtende Politik in der Praxis hier in diesem Lande.

(allgemeine Unruhe – Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Und diese menschenverachtende Politik treibt Ihr Liberalismus in die ganze Welt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Rote Lampe.)

Und dagegen aufzustehen, ist kein Terrorismus, sondern Freiheitskampf, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Pastörs, Ihre Redezeit ist beendet.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Brüllen Sie hier nicht so rum!)

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und das am frühen Morgen hier!)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/2061. Die NPD-Fraktion hat namentliche Abstimmung beantragt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das muss er an sein Bewerbungsschreiben anhängen. Aktivitätennachweis. Ich bin euer neuer Führer. – Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte die Schriftführerin, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat?

(Die Abgeordneten Lorenz Caffier, Dr. Armin Jäger, Vincent Kokert, Marc Reinhardt und Wolf-Dieter Ringguth werden nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung.

Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen und unterbreche die Sitzung für zwei Minuten.

Unterbrechung: 9.36 Uhr

Wiederbeginn: 9.38 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Ich eröffne die unterbrochene Sitzung und gebe das Ergebnis bekannt. 58 Abgeordnete nahmen an der Abstimmung teil. Mit Ja stimmten 5 Abgeordnete, mit Nein stimmten 53 Abgeordnete. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/2061 abgelehnt.

Meine Damen und Herren, bevor wir mit der Tagesordnung weiter fortfahren, möchte ich jetzt die Gelegenheit

nutzen und Frau Dr. Seemann zum heutigen Geburtstag ganz herzlich gratulieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Ich möchte Ihnen alles Gute wünschen, Gesundheit und Schaffenskraft und bitte Sie, nach vorne zu kommen, damit wir auch die Blumen überreichen können.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Gratulationen)

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 32**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Mittel- und langfristige Schritte in der Kulturpolitik der Landesregierung, Drucksache 5/2042.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Mittel- und langfristige Schritte in der
Kulturpolitik der Landesregierung
– Drucksache 5/2042 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Koplín von der Fraktion DIE LINKE.

(Jörg Heydorn, SPD:
Rüber mit der Schmalzstulle!)

Torsten Koplín, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Am 4. Juli haben wir in diesem Hohen Hause den Antrag „Kulturelle Infrastruktur und demografischer Faktor“ behandelt. Das ist ein Antrag, der gewiss bei einigen in Erinnerung geblieben ist, weil es eine bemerkenswerte Debatte gab.

Wenn Sie sich erinnern oder besser gesagt vielleicht noch vorweg: Es ist üblicherweise so, dass zwischen die Koalitionäre und die Regierung kein Blatt Papier passt. Also die Koalitionäre tragen die Regierung und man hat dann in der Regel ein abgestimmtes Verhalten, was das Herangehen an einen entsprechenden Antrag betrifft. An diesem 4. Juli zu besagtem Antrag war das nicht der Fall.

Während Sie, sehr geehrte Damen und Herren von der CDU und SPD, ablehnend und verweigernd reagierten, hat der Bildungsminister sechs Schwerpunkte der Kulturpolitik der Landesregierung und selbstverständlich seines Hauses hier dargestellt, die sehr beachtlich sind und die – deshalb auch heute unser Antrag – weiterer parlamentarischer Aktivitäten bedürfen.

Ich möchte die noch einmal gern in Erinnerung rufen: Erstens sprach der Bildungsminister bei den Schwerpunkten zum Thema Kulturfinanzierung. Zweiter Schwerpunkt war strategisches Handeln – man beachte die Reihung. Drittens: Stärkung von Kooperationen; viertens: Sicherung der Grundversorgung; fünftens: kulturelle Bildungsangebote und sechstens: Ausbau der ehrenamtlichen Arbeit. In diesem Zusammenhang sprach der Bildungsminister von mittel- und langfristiger Planung.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir sollten gemeinsam ein Interesse haben, diese Schwerpunkte zum Gegenstand politischer Gestaltung zu machen. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf verweisen, dass es, wenn wir uns dieser Sache widmen, bestimmter Bedingungen bedarf.

Die erste Bedingung ist aus unserer Sicht eine Selbstverständigung und eine Begriffsbestimmung. Was heißt beispielsweise strategisches Handeln in Bezug auf

Kulturpolitik? Ist Strategie oder strategisches Handeln zum Beispiel die langfristige Finanzzusage, wenn ich an die Theater und Orchester denke? Ich könnte sagen Ja. Für die LINKE ist Strategie zuallererst Klären der Bedeutung von Kultur in der Gesellschaft. Kultur, sagt die Enquetekommission des Bundestages, ist das Fundament unseres Lebens. Und ich erinnere mich noch gut daran, Herr Kreher, wie Sie seinerzeit hier, als wir über Kultur gesprochen haben, ein Brot mit ans Rednerpult brachten und darauf hingewiesen haben, was zur Kultur alles dazugehört.

Und insofern ist es notwendig, wenn wir über strategisches Handeln sprechen, diese Frage in einen gesamtgesellschaftlichen Rahmen zu stellen. Ich hole das vielleicht weit her, aber ich sehe da schon einen Zusammenhang. Wenn Sie sich erinnern an die Diskussion der letzten beiden Tage, haben wir mehrfach über die Finanzkrise gesprochen. Herr Kuhn war der Meinung, dass die Finanzkrise lediglich eine Delle darstellen würde.

Ich meine, die Finanzkrise ist eine Gesellschaftskrise. Die Art und Weise, wie wir produzieren und verteilen, ist in einer Krise. Zu meinen, viel Geld in die Hand zu nehmen und Not leidenden Konzernen zu geben, zu meinen, Leitzinsen zu senken et cetera pp., aber die gesellschaftlichen Grundlagen und Mechanismen beizubehalten, sind nichts als Strohfeder und Placebo. Der Krise wirksam zu begegnen, ist eine kulturelle Frage. Wie produzieren wir? Wie wird verteilt? Wer hat Verfügungsgewalt?

(Udo Pastörs, NPD: Das ist die Gretchenfrage.)

Es geht um den Stellenwert von Kunst und Kultur. Es geht um die Frage der Teilhabe am gesellschaftlichen Austausch. Insofern ist strategisches Handeln unter anderem die Verknüpfung von verschiedenen Bereichen. Das ist ein Punkt, den wir vermisst haben in der damaligen Rede und den wir unbedingt betont sehen wollen, die Verknüpfung zum Beispiel von Kultur und Wirtschaft, von Kultur und Tourismus, von Kultur und der Entwicklung des ländlichen Raumes.

Der Bildungsminister hat in seiner Rede auf der Landeskulturkonferenz am 20. Oktober von einer Vernetzung gesprochen und auch dafür Beispiele genannt, zum Beispiel die Vernetzung von Klosterstätten und Literaturhäusern. Keine Frage, das ist ein wichtiger Punkt. Aber ressortübergreifendes, vernetzendes Denken und Handeln vermissen wir bislang, das wollen wir hier zur Sprache bringen und hoffen, dass das weiter Gegenstand parlamentarischer Debatte ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Sehr geehrte Damen und Herren, ein weiterer Schwerpunkt, der vom Bildungsminister genannt wurde, ist die kulturelle Grundversorgung. Was aber gehört zur kulturellen Grundversorgung? Es ist die Rede von Musik- und Jugendkunstschulen, von Theatern und Orchestern, von kulturellen Leuchttürmen ist am 20. Oktober in der besagten Rede gesprochen worden. Kulturelle Grundversorgung wird einer der zentralen Begriffe sein, in dem der Anspruch staatlicher Kulturförderung in Zukunft gemessen werden kann.

Der Deutsche Kulturrat, wie auch viele andere, haben festgestellt, dass die Kultur für die Daseinsvorsorge unverzichtbar ist und daher einer öffentlichen Förderung bedarf. Daseinsvorsorge im Bereich der Kultur meint ein flächendeckendes Kulturangebot in verschiedenen

künstlerischen Sparten, das zu erschwinglichen Preisen mit niedrighschwelligem Zugangsmöglichkeiten breiten Teilen der Bevölkerung kontinuierlich und verlässlich zur Verfügung steht. Dieses Angebot muss qualitativ hoch stehend und innovativ sein. Somit stellen sich diese Fragen im Zusammenhang mit der kulturellen Grundversorgung: Was ist mit der Breitenkultur? Was ist mit der freien Szene? Was heißt kulturelle Grundversorgung für Bibliotheken?

Jüngst hat mich ein Kreistagsabgeordneter aus Friedland angerufen, also im Kreis Mecklenburg-Strelitz, und hat darauf verwiesen, dass die Kreisbibliothek Mecklenburg-Strelitz aufgelöst werden soll und die Bestände verteilt werden sollen. Ich erinnere an die mehrfachen Debatten, die wir hier im Hause hatten zum Bestand der Bibliotheken und zu einem Entwicklungskonzept. Ich weiß, dass Ihr Haus daran arbeitet, dass es am 11. November ein Gespräch mit dem Landesverband gegeben hat. Aber in der Zwischenzeit gehen Bibliotheken krachen.

Sehr geehrte Damen und Herren, völlig zu Recht ist kulturelle Bildung von Ihnen, Herr Tesch, als Schwerpunkt benannt worden. Kulturelle Bildung bestärkt die Ausbildung von Selbstbestimmung und Individualität. Damit ist Kultur ein Schlüssel dagegen, dass die völkische Idee der Vermassung weiter Raum greift. Kulturelle Bildung befördert Offenheit gegenüber Neuem. Offenheit gegenüber Neuem, dem noch fremden Anderen in einer sich schnell verändernden Welt, das ist ein Schlüssel gegen eine völkische Aggressivität.

Wer heute Früh schon die Nachrichten gehört hat, hat erfahren, dass der Passauer Polizeichef, auf den am Wochenende ein Mordanschlag verübt wurde, heute das Krankenhaus verlassen kann. Im Zusammenhang mit diesem Mordanschlag ist darüber gesprochen worden, dass die rechtsextremistische Gewalt in diesem Land eine neue Dimension habe. Wenn das stimmt, was heißt das? Was heißt das für unser Zusammenleben, eine neue Dimension rechtsextremistischer Gewalt? Ich möchte mit Brecht antworten. Er sagt, Beschwörungen helfen nicht. Den Hinweis darauf, er sei roh, beantwortet der Faschismus mit dem fanatischen Lob der Rohheit. Bezichtigt, er verletze die Vernunft, schreitet er wohlgenut zur Verurteilung der Vernunft.

(Michael Andrejewski, NPD:
Das sagt der Stalin-Preisträger. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Sie sind
eine Flachzange, Herr Andrejewski. –
Zurufe von Wolfgang Griese, DIE LINKE,
und Michael Andrejewski, NPD)

Ich bin, sehr geehrte Damen und Herren, der Meinung, Kultur, kulturelle Bildung ist der Schlüssel, um einer neuen Dimension rechtsextremistischer Gewalt nachhaltig entgegenzuwirken.

Eine zweite Bedingung, sehr geehrte Damen und Herren, für den Umgang mit den Schwerpunkten, ist ihre substanzielle Umsetzung. Wann soll also was in Bezug auf die Schwerpunkte passieren? In welcher Dimension soll beispielsweise der Schwerpunkt Kulturfinanzierung umgesetzt werden? Wann und in welchem Umfang erhöht sich der Kulturretat? Wird es eine Abkehr von untauglichen Förderpraktiken geben?

Sehr geehrte Damen und Herren, eine dritte Bedingung für den Umgang mit Schwerpunkten ist ihre Verände-

rung entsprechend den Erfordernissen. Aus Sicht der LINKEN ist es zunächst aber notwendig, diese Schwerpunkte – es waren ja sechs – um zwei weitere zu ergänzen. Hinzugefügt werden muss der interkulturelle Dialog und hinzugefügt werden muss eine Beschäftigungsoffensive im Bereich der Kultur. Ich halte es für einen Widerspruch, im Engagement um den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen hier das Wort zu reden. Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz. Das spreche ich niemandem ab.

(Udo Pastörs, NPD: Doch, uns auf jeden Fall.)

Das ist uns ein ganz wichtiges Thema. Es ist uns ein ganz wichtiges Thema, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Aber mir scheint, der Kulturbereich ist davon ausgeblendet.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Und das ist nicht hinnehmbar. Wir haben in den letzten Jahren 80 Arbeitsplätze verloren allein bei den Bibliotheken. Dem Eckpunktepapier zu den Theatern und Orchestern ist zu entnehmen, dass 180 Arbeitsplätze in Theatern und Orchestern wegfallen werden. Es gibt einen Abbau von regulärer Beschäftigung in Literaturhäusern und Museen. Angesichts hoher Subventionen und Förderung im Schiffbau und der Landwirtschaft behaupte ich, die Einspielergebnisse, also Verhältnisse von Gewinn, Erlös und realen Produktionskosten von Schiffbauern, Landwirten und Schauspielern, liegen relativ gesehen dicht beieinander. Wenn uns Arbeitsplätze wirklich wichtig sind, und das sind sie doch, dürfen wir zwischen ihnen nicht unterscheiden. Deshalb fordern wir eine Beschäftigungsoffensive im Kulturbereich.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Arbeitsplätze, sehr geehrte Damen und Herren, im Kulturbereich schaffen einen doppelten Effekt, einmal einen monetären und einmal unbezahlbare ideelle Werte. Ich möchte als Beispiel dafür nur das Müritzeum in Waren an der Müritz anführen: über 300.000 Besucherinnen und Besucher seit der Eröffnung, ein grandioses Ergebnis. Die Eintrittspreise sind nicht von Pappe. Da ist also viel Geld eingenommen worden und zugleich ist unschätzbar wertvolle Umweltbildung, kulturelle Bildung an diesem Ort geschehen. Und das ist eine ganz wichtige Sache. Die Arbeitsplätze, die da geschaffen wurden, haben einen sehr hohen Stellenwert.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja, woran
misst man Wertschöpfung?)

Sehr geehrte Damen und Herren, Kultur muss Gegenstand und Ziel aller Politik sein. Wir brauchen eine Landeskulturpolitik auf der Höhe der Zeit, deshalb unser Antrag, und ich bitte Sie, stimmen Sie ihm zu. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Koplín.

Für den Zwischenruf erteile ich dem Abgeordneten Herrn Ritter einen Ordnungsruf.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Vierkant von der Fraktion der CDU.

Jörg Vierkant, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit diesem Antrag wird wieder einmal die Regierung aufgefordert, kulturpolitische Schwerpunkte zu setzen, Kulturfinanzierung, strategisches Handeln, Kooperationen zu stärken, Grundversorgung zu sichern,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

kulturelle Bildungsangebote für alle, ehrenamtliches Engagement auszubauen, differenziert und mit konkreten Maßnahmen zu untersetzen.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Das sind die Schwerpunkte Ihres Ministers.

Das ist doch eine gute Sache.)

Kunst und Kultur sind frei, die Gedanken und Meinungen darüber auch und das wird glücklicherweise auch so bleiben. So ist es für mich selbstverständlich, ebenso wie für die Landesregierung, dass sich diese Bereiche möglichst frei von staatlichen Zwängen entwickeln sollen. Das ist ein Prozess, der wegen seiner Freiheit selbstverständlich nicht mit Fünfjahresplänen festzulegen ist.

Mit und seit der Kulturanalyse 2004 liegt meines Erachtens ein sehr wichtiges Instrumentarium vor. Darüber hinaus hat das Ministerium mit dem Kulturbeirat ein wichtiges Beratungsgremium geschaffen und die Landeskulturkonferenz hat sich zu einem bedeutenden Forum der Kulturpolitik entwickelt.

Sehr geehrte Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, alle paar Wochen wieder kommen Sie mit ähnlich lautenden Anträgen, um ähnlich gleiche Sachverhalte zu erfragen, die längst beantwortet sind.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ach so? Noch ist keine Antwort da.)

Der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur hat, wie ich finde, in seinem Redebeitrag im Landtag am 4. Juli dieses Jahres im Übrigen ausführlich einzelne Ziele unserer Kulturpolitik in Mecklenburg-Vorpommern erörtert. In seiner Rede „Kultur mit Zukunft“ anlässlich der Landeskulturkonferenz dieses Jahres in Pampin ist Minister Tesch ausführlich auf neuere Aspekte unserer Kulturpolitik eingegangen.

Mit dem vorgestellten Konzept der Kulturwelten zum Beispiel soll die Kooperation und Vernetzung der Kulturträger in den nächsten Jahren vorangebracht werden, auch um der wachsenden Bedeutung des Kulturtourismus noch besser gerecht zu werden. Ferner hat unsere Landesregierung mehrere grundlegende Konzeptionen beziehungsweise Diskussionspapiere, zum Beispiel zu den Musik- und Jugendkunstschulen, zur Theater- und Orchesterstruktur und zu Filmen und Medien, vorgelegt.

Mecklenburg-Vorpommern wird bis 2020 seine Zuschüsse für die Theater und Orchester bei 35,8 Millionen Euro fest belassen. Unsere Landesregierung gibt also über die Legislaturperiode hinaus den Ensembles und den Theater tragenden Kommunen Planungssicherheit. Dies ist eine in der Geschichte von Mecklenburg-Vorpommern einmalige Entscheidung.

Und auch das sei an dieser Stelle noch einmal gesagt: Es gibt in Mecklenburg-Vorpommern kein einziges Theater und auch kein Orchester in Landesträgerschaft. Daher können wir unsere Vorstellungen und Konzeptionen

zwar zur Diskussion stellen, wir bieten darüber hinaus auch gemeinsame Gespräche an und laden dazu ein. Was jedoch wann davon oder anders umgesetzt wird, entscheiden die Träger und kein anderer, meine Damen und Herren. Und wenn diese uns irgendwann beispielsweise mitteilen, dass wir uns auf Dauer in unserem Land lieber zwei sehr gute B-Orchester leisten sollten, wird mir dieser Gedanke vermutlich allemal lieber sein als zwei unterbesetzte A- und zwei unterbesetzte B-Orchester, die künftig nur noch das Stück der chronischen Unterfinanzierung spielen.

Nun noch einmal zu der Massenpetition und der Geschäftsordnung in unserem Haus. Mir ist kein Paragraph in unserer Geschäftsordnung bekannt, der eine Besserstellung einer Massenpetition gegenüber Einzelpetitionen rechtfertigt oder gar ermöglicht. Mir ist auch nicht bekannt, nach welcher rechtlichen Grundlage im Petitionsausschuss beschlossen werden sollte. Über eine inhaltliche Auseinandersetzung kann der Bildungsausschuss im Rahmen einer möglichen Selbstbefassung entscheiden, mit allem Drum und Dran, mit Anhörungen der Betroffenen,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das geht aber auch gemeinsam auf der Basis des Gesetzes.)

mit Anhörungen der Einreicher.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Selbstverständlich.)

Allein diese drei Punkte zeigen schon, dass die LINKE widerrechtlich Informationen aus einer nicht öffentlichen Sitzung mit falschen Zitaten in Richtung Medien kolportiert hat.

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zurufe von der Fraktion der SPD: Hört, hört! –
Gino Leonhard, FDP: Oha!)

Das ist ein ganz miserables politisches Ziel und bleibt als Makel bei den linken Petitionsausschussmitgliedern hängen. Über eventuelle Konsequenzen für die Vorsitzende werden wir nachdenken.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion
der CDU – Torsten Koplín, DIE LINKE:
Böse Unterstellung! –
Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Oh, jetzt habe ich aber Angst.)

Schlussendlich werden wieder einmal seitens der Fraktion DIE LINKE ungerechtfertigte Erwartungen bei den Menschen im Land geweckt,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ich habe nichts gesagt.)

finanzpolitisch jenseits von Gut und Böse. Das ist nicht meine Politik, denn Sie tun das wider besseres Wissen.

Herr Koplín, ich verweise auf die Antwort nach Ihrer Kleinen Anfrage vom 25.11.2008, vor allem hinsichtlich der Mitwirkung Betroffener.

(Vincent Kokert, CDU:
Die linken Plaudertaschen hier.)

Vor diesen Hintergründen habe ich meiner Fraktion auch diesmal wieder empfohlen, dem vorliegenden Antrag nicht zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Vierkant.

Das Wort hat jetzt der Vizepräsident und Abgeordnete der Fraktion der FDP Herr Kreher.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben uns in diesem Jahr vielfach mit dem Thema Kultur beschäftigt

(Udo Pastörs, NPD:
Aber rausgekommen ist nichts.)

und ich finde, das ist auch gut so. Auf jeden Fall, obwohl es sehr zäh vorangeht, ist zu merken,

(Udo Pastörs, NPD: Es geht zurück und nicht
voran. Gucken Sie sich doch die Zahlen an!)

dass wir das Thema Kultur in diesem Hause vorantreiben.

(Michael Andrejewski, NPD: Treiben! –
Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Insofern werden wir, meine Damen und Herren, auch den Antrag der Fraktion DIE LINKE unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen DIE LINKE und FDP)

Herr Vierkant, Sie sagten, dass Kultur möglichst frei sich entwickeln soll.

(Jörg Vierkant, CDU: Ja.)

Natürlich. Kultur, das habe ich in diesem Hause auch schon gesagt, ist nicht so einfach planbar. Aber trotzdem, wie in allen Bereichen muss die Politik, muss die Landespolitik die Rahmenbedingungen so schaffen, dass sich Kultur in diesem Land frei entwickeln kann.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Und, meine Damen und Herren, vergessen wir bitte nicht, wir haben hier in Mecklenburg-Vorpommern zwischen den großen Zentren Hamburg, Berlin auch zum Norden hin gerade im Bereich der Kultur Chancen, die wir noch nicht genügend nutzen.

(Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

Und deshalb, meine Damen und Herren, bitte ich Sie noch einmal zu überlegen, ob dieser Antrag, der auch einen zeitlichen Punkt setzt, wirklich so ist, dass man ihn unbedingt ablehnen muss, ob nicht dadurch erreicht wird, dass wir dann im Frühjahr an einem Punkt sind und sagen, auf dieser Grundlage können wir weiterarbeiten. Und so habe ich den Antrag verstanden.

Warum, das kann ich nicht verstehen, sind Sie dagegen? Also, ich bitte Sie noch mal, das zu überlegen, inwiefern Sie nicht doch diesem Antrag zustimmen können, damit wir dann im Frühjahr eine Basis haben, auf der wir weiter fortsetzen können, was zu machen ist.

(Udo Pastörs, NPD: Das verändert die
Basis ja nicht, wenn sie zustimmen!)

Meine Damen und Herren, ich sage noch einmal, wir werden diesem Antrag zustimmen und vielleicht überlegen Sie es sich auch noch einmal, meine Damen und Herren von der Koalition. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen DIE LINKE und FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Kreher.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Borrmann. Bitte, Herr Abgeordneter.

Raimund Borrmann, NPD: Herr Präsident! Abgeordnete des Landtages! Bürger des Landes! Die LINKE stellt völlig zu Recht in ihrer Begründung fest, dass die Kultur nicht weniger wichtig ist als wirtschaftliche und soziale Strukturen. Dem habe Kulturpolitik Rechnung zu tragen. Diese beiden Thesen möchten wir Nationaldemokraten näher beleuchten.

In den weltanschaulichen Urgründen der Fraktion der LINKEN besteht das Verhältnis von Kultur und Wirtschaft nicht darin, dass sie wichtig oder unwichtig sind, sondern darin, dass wir es mit einer Dominanzbeziehung zu tun haben, in der die ökonomischen Verhältnisse die rechtlichen, politischen, religiösen und eben auch die kulturellen Verhältnisse beherrschen, wenngleich letztere auf die ökonomischen dialektisch zurückwirken.

In der von der Landtagsfraktion DIE LINKE so gemiedenen marxistischen Weltanschauung ist das gegenwärtige System ein kapitalistisches System, in dem nicht nur die Entfremdung und Lohnklaverei vorherrschen, sondern zugleich auch Ausbeutung und Akkumulation von Kapital, das heißt eine Verewigung von sozialer Ungerechtigkeit auf steigendem Niveau. Die sozialökonomische Basis ist für die Marxisten eine geschichtliche Abfolge von Klassenkonflikten und Klassenkämpfen, die dieses unmenschliche kapitalistische System – von Perioden relativer Stabilisierung einmal abgesehen – in seiner Existenz bedrohen. Das wird heute auch in den zahlreichen von den Linken betreuten Zirkeln, wie etwa „Kapital lesen“, so gesehen.

Dem Staat als Machtinstrument der ökonomisch herrschenden Klasse kommt es zu, so die linke Weltanschauung, die Antagonismen, die unversöhnlichen Gegensätze zwischen Kapitalisten und den ausgebeuteten Arbeitern aufrechtzuerhalten. Kultur und Kulturpolitik sind zwei unterschiedliche Sphären. Kultur ist die Art eines Volkes, einer sozialen Gruppe oder einer Gemeinschaft, durch wechselseitige Unterstützung zur inneren Einheit als Ganzes und in seinen Teilen dadurch zu finden, dass es Regeln vorgibt, mit deren Hilfe Konflikte in konstruktives Handeln umgewandelt werden. Nach Marx und Engels lässt sich die Kultur der Arbeiterklasse in einem einzigen Satz zusammenfassen: Proletarier aller Länder vereinigt euch! Kulturpolitik hingegen ist die Form der Klassenherrschaft, mittels kultureller Einrichtungen des Staates diese Herrschaft aufrechtzuerhalten. Wer also die Klassenherrschaft aufrechterhalten will, muss auch die Funktion des kapitalistischen Kulturbetriebs erhalten, deren Aufgabe es ist, den Klassenkampf zu verschleiern und die Proletarier von ihrer historischen Mission abzulenken.

(Beifall Udo Pastörs, NPD –
Irene Müller, DIE LINKE:
Oh, einer hat's verstanden!)

Genau das will die LINKE durch ein Zitat belegen. „Daraus ergibt sich die Aufgabe“, so zitiere ich, „kulturelle Strukturen zu stabilisieren und zu dynamisieren.“ Für uns Nationale ergibt sich daraus nur eines: Die LINKE hat sich dem einst verhassten Kapitalismus an den Hals

geworfen. Sie ist Teil des Systems geworden, welches das deutsche Volk, welches alle Völker dieser Erde mit Spekulationsblasen ausplündert und verelendet.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Regine Lück, DIE LINKE: Das ist nur schwer anzuhören.)

Die LINKE hat aufgehört, eine sozialistische Alternative zu diesem faulenden und sterbenden Kapitalismus in Bewegung zu setzen. Sie kultiviert sich an dessen schönem Tod.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Sie gaukelt dem Volk eine Streitbarkeit vor, die sich längst im feigen Opportunismus verloren hat. Die kulturelle Aufgabe der nationalen und sozialen Befreiung unseres Volkes übernehmen wir Nationaldemokraten.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Träumen Sie ruhig weiter!)

Wir lassen uns von den Phrasen einer mittel- und langfristigen Kulturpolitik dieses Regimes nicht beirren. Scheint die Sonne noch so schön, einmal muss sie untergehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Irene Müller, DIE LINKE: Dann leben wir im dunklen NPD-Staat!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Dr. Körner. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Udo Pastörs, NPD: Giftpilz Körner!)

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Pastörs, ich erteile Ihnen einen zweiten Ordnungsruf für die Bemerkung „Giftpilz Körner!“ und weise Sie darauf hin, dass, wenn Sie noch einen Ordnungsruf erhalten, Sie das Rederecht für die heutige Sitzung verlieren.

Bitte, Herr Abgeordneter.

(Udo Pastörs, NPD: Giftpilz Körner!)

Herr Abgeordneter Pastörs, wegen grober Verletzung der Ordnung des Hauses und der Provokation des amtierenden Präsidenten schließe ich Sie von der heutigen Sitzung aus. Ich bitte Sie, den Saal zu verlassen.

(Heiterkeit bei Stefan Köster, NPD)

Herr Abgeordneter Köster, Sie haben mit nichts die Amtsführung des Präsidenten zu kommentieren. Ich weise Sie darauf hin, dass ich Sie, falls das noch einmal vorkommt, dafür mit einem Ordnungsruf bestrafen werde.

(Raimund Borrman, NPD: Darf man nicht mal mehr lachen, Herr Präsident?)

Sie haben keine Diskussion mit mir hier zu führen, Herr Borrman. Ich weise auch Sie darauf hin. Es gibt jetzt keine Diskussion.

(Raimund Borrman, NPD: Ich frage ja nur.)

Auch Fragen nicht.

Bitte, Herr Abgeordneter Körner.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich werte den Zwischenruf von Herrn Pastörs so, dass er nicht in der Lage ist, Argumentationen, ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Köster, Sie dürfen auch entsprechende Zwischenrufe und Bestrafungen durch den amtierenden Präsidenten nicht kommentieren.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: ... Argumentationen, wie ich Sie hier vorgetragen habe, zu erdulden.

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist auch schwierig.)

Er versucht, Polemik gegen Inhaltlichkeit zu setzen, aber das sind wir von ihm gewöhnt. Und das zeigt, wie weit die NPD argumentativ am Ende ist.

(Raimund Borrman, NPD: Danke gleichfalls! – Michael Andrejewski, NPD: Da sind Sie ja ganz anders!)

Und wenn Herr Borrman sozusagen in einer mageren Schlussfolgerung aus vergilbten ML-Vorlesungen hier gegen die LINKE zu Felde zieht, dann wird doch deutlich, dass er zu dem Antrag überhaupt nichts gesagt hat. Mehr als vergilbte ML-Vorlesungen scheint er nicht mehr in seinem Kopf zu haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Raimund Borrman, NPD: Dann schauen Sie sich doch die außerparlamentarische Linke an! Das sind die Linken!)

Doch nun direkt zum Antrag, wie er von der Fraktion DIE LINKE hier vorgelegt wurde. „Alle Jahre wieder“ wird in dieser Zeit nach meinem Verständnis auch durchaus nachvollziehbar gesungen, aber alle Landtage wieder ein kulturpolitischer Antrag der Fraktion DIE LINKE, da bin ich, Herr Koplín nicht so ganz sicher, ob das wirklich ins Bild passt.

(Irene Müller, DIE LINKE: Wäre schön, wenn Sie sich auch mal darum kümmern würden!)

Wenn ich dieses Jahr Revue passieren lasse, dann haben Sie zur Kulturentwicklungskonzeption einen Antrag eingebracht, Sie haben einen Antrag eingebracht zur kulturellen Infrastruktur, den haben Sie selber zitiert, und zum demografischen Wandel. Ich habe den Eindruck, es kommt immer wieder Gleiches, und das ist in meinen Augen wenig weiterführend.

(Irene Müller, DIE LINKE: Es kommt sehr Unterschiedliches und Sie machen immer nichts!)

Das ist doch eine Unterstellung, Frau Müller, aber ich werde ein paar Dinge dazu sagen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das war eine Feststellung!)

Ich werde es nicht so weit ausführen, denn am Ende der Sitzung will ich auch nicht über Gebühr Redezeit beantragen.

Der Tenor, Herr Koplín, und das muss ich Ihnen ganz deutlich sagen, Ihres Antrages erschließt sich mir ganz schwer. Ich weiß nicht so ganz richtig, was Sie wollen. Ich nehme es so wahr, dass Sie einen kulturellen Entwicklungsprozess in Gang setzen wollen, der in einer Form festgelegt werden soll, die die Kultur und Kunst aber nicht mehr freimacht. Ich sehe hier ein Flaschenziehen von Kultur hinter Ihrem Antrag, das ich schwer nachvollziehen kann. Dabei ist natürlich Entwicklung und Planung erforderlich, aber vieles ist doch angestoßen.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Das ist ja schon der erste Schritt!)

Die Landesregierung hat ihre Vorstellungen zu Film und Medien präsentiert.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ach so! –
Dr. Marianne Linke, DIE LINKE:
Wo ist sie denn jetzt?)

Die Landesregierung arbeitet an einem Bibliotheksentwicklungskonzept und ich denke, wir werden es bald kriegen. Die Landesregierung hat Eckpunkte für ein Theaterkonzept vorgelegt

(Irene Müller, DIE LINKE: Was sie
zurückziehen und überarbeiten sollte!)

und es gibt dort erhebliche Bewegungen.

Herr Koplin, ich muss Ihnen ganz klar sagen, dass ich das zurückweise. Wenn Sie in einer Pressemitteilung am 13.12.2008, Herr Vierkant ist eingegangen auch auf die Dinge, die sich dort aus dem Petitionsausschuss ergeben haben, die will ich nicht weiter zitieren, aber wenn Sie in dieser Pressemitteilung vom 13.12.2008 „Ostsee-Zeitung“ sagen, ich zitiere: „CDU und SPD“ seien „nicht bereit, sich mit den Problemen der Theater- und Orchesterlandschaft im Land ernsthaft auseinanderzusetzen“, dann ist das schlicht und einfach unwahr.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Angelika Peters, SPD: Das ist eine glatte Lüge!)

Ich behaupte einfach mal, Herr Koplin, dass ich in Sachen, ich persönlich als kulturpolitischer Sprecher meiner Fraktion, Orchester und Theater im letzten halben Jahr viel mehr Schuhsohlen abgelaufen habe als Sie, dass ich viel mehr Standorte besucht habe als Sie.

(Zurufe von Angelika Peters, SPD,
Karin Strenz, CDU, und
Irene Müller, DIE LINKE)

Wir können gerne mal unsere Kalender aneinanderlegen. Das Ergebnis, was dort rausgekommen ist, das werden wir Anfang Januar präsentieren. Von Ihnen höre ich nur, dass Sie mehr Geld für die Theater fordern.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Mehrmals, Herr Koplin, ich habe die Zitate gesammelt, mehrmals, immer wieder sagen Sie: Mehr Geld für die Theater, es darf keine Struktur zerschlagen werden.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Und dann sagen Sie am 30. September 2008, das ist nun fast ein Vierteljahr her, Koplin kündigt alternatives Theaterkonzept an. Wir warten bis heute drauf.

Sie fordern von der Landesregierung großflächige Analysen, Schrittwerke. Und im Einzelnen, wo Punkte in Gang gebracht wurden, wie zum Beispiel beim Theaterkonzept, kommt von Ihnen außer Kritik nichts. Vielleicht sagen Sie, wie weit Sie sind mit diesem Theaterkonzept alternativ. Und vielleicht sagen Sie auch noch mal was dazu, Sie haben ja noch Möglichkeiten zu reden, ob Sie andere Forderungen an ein künftiges Theaterkonzept haben, außer Geld. Und sagen Sie bitte schön, wie Sie die gegenwärtige Struktur erhalten wollen ohne Reduzierung der Strukturen. Sie kennen die Zahlen. Die Verlängerung der gegenwärtigen Struktur bis zum Jahr 2020 kostet 17 Millionen Euro Landesgeld mehr. Woher wollen Sie das nehmen?

(Irene Müller, DIE LINKE:
Die Frage ist ja wohl witzig!)

Ich habe den Eindruck, dass in der Koalition sehr intensiv an einzelnen Politikfeldern gearbeitet wird. Und dass der Minister das große Ganze im Blickfeld hat, hat Kollege Vierkant hier deutlich vorgetragen mit Hinweis auf die Landeskulturkonferenz am 20.10.2008 in Pampin. Das fand ich sehr bemerkenswert, wie dort Vernetzungssätze, Perspektiven für die Zukunft durch den Minister vorgetragen wurden. Das sind die Themen, die gegenwärtig im Lande anstehen. Diese Vernetzung, die vom Minister deutlich unterstützt wird, muss aber an der Basis dann auch vollzogen werden.

Kurz und gut, mir erschließt sich der Sinn Ihrer Rede nicht und der Sinn Ihres Antrages ebenso wenig. Kollege Vierkant hat gesagt, dass seine Fraktion für eine Ablehnung plädiert. Ich kann mich für meine Fraktion dem nur anschließen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Körner.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Koplin. Bitte, Herr Abgeordneter.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte gerne auf einzelne Redebeiträge eingehen.

Herr Dr. Körner, auch belegt durch Zwischenrufe von Frau Strenz und weiteren, Ihre Kritik nehme ich zur Kenntnis.

(Karin Strenz, CDU: Na hoffentlich! –
Irene Müller, DIE LINKE:
Ausgerechnet Frau Strenz!)

Sie lässt mich nicht kalt, gleichwohl möchte ich mich beschränken vor allen Dingen auf die Intentionen unseres Antrages. Herr Dr. Körner, Sie merken an, dass wir seitens der LINKEN immer wieder mit demselben kämen. Die Bedingungen und die Situationen sind weitestgehend immer dieselben. Und insofern ist es notwendig, die Realität zur Kenntnis nehmend, immer wieder dicke Bretter zu bohren.

Sie verweisen darauf, dass die LINKE, ich persönlich auch ein entsprechendes Konzept beispielsweise zu Theatern und Orchestern angekündigt habe. Sie haben gefragt: Wie weit ist es denn? Wir haben ein Eckpunktepapier. Das ist jetzt im Moment in einem Stadium, wo es qualifiziert wird. Wir werden das im Januar in der Fraktion behandeln.

Wir haben genauso wie Sie viele Gespräche geführt. Ich konstatiere, dass es nach dem Prinzip „Teile und herrsche“ an vielen Stellen mangelnde Solidarität gibt und es unter solchen Umständen sehr, sehr schwer ist, etwas zu einem Konzept zusammenzubinden, was konsensfähig ist. Das ist eine Sache, die ist sehr unbefriedigend. Ich hätte mir selber gewünscht, da auch schon weiter zu sein. Insofern will ich Ihnen das ganz klar und deutlich sagen: Wir arbeiten daran. Der jetzige Stand unserer Ausarbeitungen und Überlegungen befriedigt uns und befriedigt mich selber noch nicht. So ist die Situation. Aber von der Absicht rücken wir deswegen nicht ab.

Sie haben ein interessantes Bild gebraucht, Herr Dr. Körner, das ich ganz gerne aufnehmen möchte, und zwar das von den vergilbten ML-Vorlesungen von Herrn Borr-

mann. Es stört mich schon lange, Herr Borrmann, dass Sie auf sehr obskure Art und Weise meinen, hier marxistisch-leninistische Theorien verbreiten zu müssen, und sie dann ...

(Michael Andrejewski, NPD:

Er hat es eben gelernt. Er hat einen Studienabschluss im Gegensatz zu Ihnen.)

Er hat sie nicht gelernt. Er hat sie nicht mal richtig gelernt.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Raimund Borrmann, NPD)

Herr Borrmann, das mögen Sie haben. Der Abschluss ist immer das eine, Herr Borrmann. Aber dann hätten Sie auch gelernt, dass Friedrich Engels – ich glaube, im „Anti-Dühring“ – geschrieben hat, dass man Politik nicht außerhalb der Gesellschaft machen kann. Und Sie suggerieren hier ein Bild, als würden Sie immer eine Politik außerhalb der Gesellschaft machen können. Sie tun das nicht und Sie haben darauf verwiesen, was wir auslassen würden.

Und da will ich ganz gern mal etwas hervorheben, was Sie ausgelassen haben. Sie haben in den letzten zweieinhalb Tagen hier sehr oft mit der Verfassung gewandelt, haben die Verfassung hoch und runter zitiert. Ich habe immer darauf gewartet, dass ein bestimmter Artikel kommt, den Sie zitieren. Aber der kam nicht, Herr Köster. Sie haben ja insbesondere die Verfassung zitiert.

(Michael Andrejewski, NPD: Sie können doch nicht alle 146 Artikel zitieren!)

Artikel 139, Herr Andrejewski: „Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus‘ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“

(Michael Andrejewski, NPD:

Das ist interessant! – Stefan Köster, NPD: Sie bekennen sich ja zum Besatzungsrecht!)

Das ist interessant. Das ist zitierfähig und es ist hochinteressant, dass Sie sich darauf nicht beziehen.

(Raimund Borrmann, NPD: Ich habe mich auf Ihren Vortrag bezogen! Ich habe den Spiegel vorgehalten, den Sie nicht mehr sehen wollen.)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte abschließen mit einem Verweis auf Herrn Vierkant. Herr Vierkant, ich schätze Sie sehr. Der Tonfall stört mich aber schon, weil es wirkt so ein bisschen, als würden Sie belästigt sein von unserem Antrag. Das finde ich schade. Und von staatlichem Zwang war unsererseits nicht die Rede, das ist insofern eine Unterstellung. Denn die Träger, um deren freie Entscheidung es ja geht, Ihnen wie uns, brauchen, wenn sie entscheiden wollen, in Sachen Kunst und Kultur die entsprechenden Rahmenbedingungen, und das war der Sinn unseres Antrages. Dass wir Sie damit nicht erreichen konnten, ist bedauerlich, aber wir werden an dem Thema dranbleiben, grundsätzlich und auch im Detail. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Abgeordneter.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2042. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2042 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion der FDP, Ablehnung durch die Fraktionen der SPD und CDU sowie Stimmenthaltung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Meine Damen und Herren, von der Fraktion DIE LINKE liegt Ihnen auf Drucksache 5/2110 ein Antrag zum Thema „Finanzierung von AGnES im Jahr 2009 sichern“ vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraph 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss über die Einreihung in der Tagesordnung beschlossen werden.

Wird das Wort zur Begründung der Dringlichkeit gewünscht? – Bitte schön, Frau Abgeordnete Dr. Linke, Sie haben das Wort.

Dr. Marianne Linke, DIE LINKE (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Am 17.12.2008, also vorgestern, hat der Bewertungsausschuss des gemeinsamen Bundesausschusses zwischen Krankenkassen und Kassenärztlicher Vereinigung getagt und eine Entscheidung, die bereits zum 31.10.2008 fällig gewesen wäre, auf Mitte Januar vertagt. Es geht bei dieser überfälligen Entscheidung um die Finanzierung der „Arztentlastenden Gemeindenahe E-Health-gestützten Systemischen Intervention“, kurz AGnES oder neuerdings auch VERA genannt und damit auch bekannt.

Da die Finanzierung aller im Land laufenden Projekte zum 31.12.2008 endet, ist unbedingt zu verhindern, dass durch Diskontinuität in der Finanzierung der Fortgang der Projekte behindert wird. Eine Verunsicherung bei den Beschäftigten, möglicherweise eine anderweitige Arbeitsaufnahme durch diese finanziellen Unklarheiten, würde einen erfolgreichen Fortgang im Interesse der Patientinnen und Patienten dieser inzwischen auch gesetzlich verankerten Leistungen erschweren. Unterbrochene Projekte lassen sich nach aller Lebenserfahrung nur sehr schwer reaktivieren.

In Brandenburg hat die Landesregierung für den Fall, dass die Honorierung von AGnES Anfang des nächsten Jahres ungesichert sein sollte, vorausschauend Landes- und EU-Mittel für die Finanzierung bereitgestellt.

Meine Fraktion bittet aufgrund der aktuell eingetretenen Situation, den vorliegenden Antrag auf die Tagesordnung zu setzen, um die Landesregierung zu ermächtigen, finanzpolitisch handeln zu können im sozialpolitischen Interesse. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Dr. Linke.

Wird das Wort zur Gegenrede gewünscht? – Herr Abgeordneter Heydorn, bitte schön.

Jörg Heydorn, SPD (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wir als

Koalitionsfraktion sehen die Dringlichkeit bei diesem Punkt, der auf die Tagesordnung gesetzt werden soll, nicht. Man darf bei dem Thema nicht in operative Hektik verfallen,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach so!)

denn wir haben hier ein paar Besonderheiten.

Die Einbringerin hat zum einen darauf aufmerksam gemacht, dass das Ganze im Januar wieder auf der Tagesordnung des Bewertungsausschusses steht. Wir gehen davon aus, dass man sich zu diesem Zeitpunkt dazu verständigen wird, wie das Thema AGnES in der Regelversorgung zu vergüten ist. Da ist noch nichts passiert. Die Abrechnung der Ärzte erfolgt nicht im Januar sondern zum Quartalsende. Also da ist keine Eile geboten.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Das kann ja nicht wahr sein!)

Das ist der erste Punkt.

Dann ist das Projekt mit Brandenburg verglichen worden. In Brandenburg haben wir eine völlig andere Situation. Das AGnES-Projekt läuft im Lande Mecklenburg-Vorpommern in der Rechtsträgerschaft der Kassenärztlichen Vereinigung, die dafür auch verantwortlich ist. Ich will in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam machen, dass im nächsten Jahr die Kassenärzte in Mecklenburg-Vorpommern mit zusätzlichen Einnahmen in Höhe von 100 Millionen Euro zu rechnen haben.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Und wir sind der Meinung, wenn es zu einem finanziellen Engpass kommt, dann können die Kassenärzte das auch finanzieren.

In diesem Kontext muss auch darauf aufmerksam gemacht werden, um wie viel Leute es sich überhaupt handelt. Es sind drei Personen, die in Mecklenburg-Vorpommern in dem AGnES-Projekt tätig sind. Eine wird sowieso rausgehen, weil sie sich an anderer Stelle beruflich engagieren will. Und von zwei Projekten haben wir die Information, dass die weiterlaufen, unabhängig von der geklärten Finanzierung, weil die Beschäftigungsträger mitgekriegt haben, wie sinnvoll das Projekt ist.

Wenn man sich das alles ansieht, kann man sagen, alles in allem sehen wir hier keine Eile geboten. Die Dringlichkeit ist nicht zu erkennen und somit abzulehnen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Heydorn.

Gemäß Geschäftsordnung kommen wir jetzt zur Abstimmung über die entsprechende Aufsetzung des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2110. Wer dafür ist, dass dieser Antrag zusätzlich auf die Tagesordnung gesetzt wird, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU und der FDP sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion der NPD die Erweiterung der Tagesordnung um diesen Tagesordnungspunkt abgelehnt.

Ich rufe damit auf den **Tagesordnungspunkt 33:** Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Tele- und

Heimarbeit in der Landesverwaltung, auf Drucksache 5/2052.

**Antrag der Fraktion der FDP:
Tele- und Heimarbeit in der Landesverwaltung
– Drucksache 5/2052 –**

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der FDP?

(Harry Glawe, CDU: Wenn er nicht da ist, müssen wir eine Auszeit machen. – Zuruf aus dem Plenum: Frau Reese!)

Also dann erhält jetzt für die Fraktion der FDP die Abgeordnete Frau Reese das Wort zur Begründung des Antrages. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Sigrun Reese, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir das Thema „Tele- und Heimarbeit in der Landesverwaltung“ etwas mehr in den Vordergrund rücken.

Natürlich ist das Thema nicht gänzlich neu und es soll hier auch nicht darum gehen, nun flächendeckend die Gestaltung der vorhandenen Arbeitsplätze in der Landesverwaltung infrage zu stellen. Wir wollen das Thema heute im Wesentlichen aus zwei Perspektiven betrachten: Wir möchten zunächst einen Sachstandsbericht über den Einsatz dieser Art der Arbeitserledigung in der Verwaltung des Landes und die damit gewonnenen Erfahrungen. Außerdem interessiert es uns zu erfahren, welche Überlegungen zur weiteren Entwicklung dieser Art der Arbeitserledigung es für den Bereich der Landesverwaltung gibt. Dabei interessiert natürlich besonders, in welchen Bereichen der Verwaltung derartige Entwicklungen gesehen werden und welche Tätigkeiten und welche Beschäftigtengruppen dabei betroffen werden. Natürlich interessieren dabei auch die technischen und die arbeitsorganisatorischen Überlegungen, die mit einem solchen Einsatz verbunden sind.

Die Berichterstattung soll informieren über die bisher durchgeführten Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen, etwaige bisher erzielte Einsparungen für den Landeshaushalt und natürlich etwaige Vor- und Nachteile der Tele- und Heimarbeit für die Beschäftigten, vor allem unter Berücksichtigung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Meine Damen und Herren, zuletzt war dieses Thema Bestandteil des Jahresberichtes des Landesrechnungshofes für das Jahr 2008. Die Empfehlungen des Rechnungshofes gehen in die Richtung, dass es seitens der Landesverwaltung einheitliche Leitlinien für die Zulassung von Tele- und Heimarbeit geben sollte und weiterhin fundierte Wirtschaftlichkeitsunterstützungen bei der Einführung alternativer Arbeitszeitmodelle geben sollte.

Wir wollen diese Überlegungen mit unserem Antrag aufgreifen. Die Informationstechnik greift ja immer tiefer in unser privates und berufliches Leben ein und verändert nachhaltig unsere Verhaltens- und Arbeitsprozesse. Dabei werden natürlich auch die Arbeitsprozesse in der Verwaltung unseres Bundeslandes verändert. Wie diese Veränderungen aussehen, wo sie stattfinden sollen und welche Bedeutung dies sowohl für den Dienstherrn als auch für die Beschäftigten hat, wollen wir näher betrachten.

Wer sich mit dieser Thematik beschäftigt, der wird zunächst einmal feststellen, dass es verschiedene

Formen der Telearbeit gibt. Die häufigste Form der Telearbeit ist dabei die sogenannte alternierende Telearbeit, also das grundsätzliche Vorhandensein von zwei Arbeitsplätzen. Der jeweilige Arbeitnehmer arbeitet dabei sowohl an seinem Arbeitsplatz vom Arbeitgeber als auch an einem Arbeitsplatz in seiner Wohnung, wobei er zwischen diesen Arbeitsplätzen hin und her wechselt. Damit kann dann auch die persönliche Bindung zu den Arbeitskollegen und zu seinem Arbeitgeber aufrechterhalten werden.

Meine Damen und Herren, was die technische Voraussetzung angeht, lässt sich nahezu jeder Büroarbeitsplatz in einen Telearbeitsplatz umwandeln. Bei der Auswahl der technischen Ausstattung und Anbindung von Telearbeitsplätzen sind technische Rahmenbedingungen wie zum Beispiel die bestehende technische Infrastruktur zu beachten.

Natürlich dürfen weitere Bereiche nicht außer Acht gelassen werden. So sind aus dem Bereich Personal unbedingt Aspekte wie die bisherige Qualifikation der Beschäftigten oder gegebenenfalls ein erforderlicher zusätzlicher Qualifizierungsbedarf sowie grundsätzlich die Akzeptanz bezogen auf technische Komponenten zu berücksichtigen. Im Bereich Organisation sind es die erforderlichen Abläufe und Prozesse bestehender Strukturen und die damit zusammenhängenden Kommunikations- und Informationsbedarfe, die mit einbezogen werden müssen. Natürlich sind auch die rechtlichen Rahmenbedingungen, insbesondere die datenschutzrechtlichen Belange, zu berücksichtigen. Und weiterhin sind es eben auch wirtschaftliche Überlegungen.

Inwieweit Vor- und Nachteile für den Dienstherrn und die Beschäftigten in der Landesverwaltung erzielt werden können, gilt es unter Zugrundelegung vorhandener Erkenntnisse und Erfahrungen zu untersuchen. Für uns ist besonders wichtig, welche Vorteile dabei für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erzielt werden können, und zwar derzeit und eben auch zukünftig.

Angesichts des technischen Fortschritts wird es künftig vermutlich weitere Möglichkeiten einer zumindest zeitweisen Arbeitsplatzverlegung geben. Insofern kann es nicht bei einer einmaligen Beschreibung der Möglichkeiten bleiben. Es bleibt gewissermaßen eine Daueraufgabe parallel zur technischen Entwicklung.

Natürlich werden auch immer wieder andere Vorteile genannt, wie zum Beispiel flexible Arbeitszeiten oder die Einsparung von Parkkosten. Aus Befragungen bei Arbeitnehmern geht immer wieder hervor, dass Tele- und Heimarbeit für einen bestimmten Lebensabschnitt, insbesondere bei der umfassenden Betreuung von Kleinkindern, eine Alternative sein kann, um vorübergehend keine Fremdbetreuung der Kinder in Anspruch nehmen zu müssen und dennoch den Kontakt zum Beruf zu halten.

Meine Damen und Herren, der Landesrechnungshof hatte vorgeschlagen, einheitliche Leitlinien für die Zulassung von Tele- und Heimarbeit in der Landesverwaltung zu entwickeln. Dies unterstützen wir nachdrücklich allein schon deshalb, weil die Landesverwaltung möglichst einheitliche Kriterien für diesen Bereich haben sollte und weil Haushaltsmittel in Anspruch genommen werden.

Die von uns mit unserem Antrag gewünschte Berichterstattung steht dem nicht entgegen, im Gegenteil. Derartige Leitlinien beziehungsweise Richtlinien können und

sollen eine vernünftige Grundlage für die Auswahl und künftige Gestaltung von Tele- und Heimarbeit in der Landesverwaltung sein. Es steht dem Land und seinen Beschäftigten sicher gut zu Gesicht, wenn die Gestaltung der Tele- und Heimarbeit aufgrund einheitlicher und für alle Beteiligten und die Öffentlichkeit transparenter Leitlinien organisiert wird. Damit könnte vermutlich auch dem Landeshaushalt ein Dienst erwiesen werden.

Meine Damen und Herren, das Rad muss nicht neu erfunden werden. Ein Blick über die Landesgrenze kann hier erhellend sein. Wir fordern Sie auf, bei Ihren Überlegungen zum Einsatz der Tele- und Heimarbeit in unserer Landesverwaltung auch die Lösungen und Erfahrungen der anderen Länder und die des Bundes zu berücksichtigen. Die technische Entwicklung macht an der Landesgrenze nicht halt und wir können sicher auch von den Erfahrungen der anderen lernen. Auch die geforderten Leitlinien können davon profitieren. Deshalb bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsident Andreas Blum: Danke schön, Frau Abgeordnete Reese.

Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat ums Wort gebeten der Innenminister des Landes Herr Caffier. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Lorenz Caffier: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Mit dem uns vorliegenden Antrag der Fraktion der FDP soll die Landesregierung aufgefordert werden, im ersten Quartal 2009 über den derzeitigen Sachstand und die weiteren Möglichkeiten von Tele- und Heimarbeit in der Landesverwaltung zu berichten. Der Bericht soll informieren über Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen, über finanzielle Einsparpotenziale und über Chancen und Probleme für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung. Der Entschließungsantrag der FDP mag die besondere Bedeutung der Telearbeit, die auch und gerade die Landesregierung ihr für die Gestaltung und Erforschung neuer Arbeitsformen beimisst, verdeutlichen. Aber wirklich zielführend ist der Antrag nicht.

Telearbeit ist für die Landesregierung insbesondere ein Mittel, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch besser miteinander in Einklang bringen zu können. Deshalb wird Telearbeit in der Landesverwaltung von Mecklenburg-Vorpommern schon seit einigen Jahren in unterschiedlicher Art praktiziert.

Der Grundstein dafür, dass wir unseren Beschäftigten diese Flexibilität überhaupt anbieten können, ist bereits vor mehreren Jahren gelegt worden. Damals wurde in die Neufassung der Arbeitszeitverordnung eine Experimentierklausel aufgenommen, nach der den obersten Dienstbehörden die zeitlich begrenzte Erprobung neuer Arbeitszeitmodelle – insbesondere Telearbeit – eröffnet wird.

Für den Geschäftsbereich meines Hauses hat mein Amtsvorgänger bereits kurze Zeit später – nämlich im Februar 2001 – eine Dienstvereinbarung zur Durchführung der Telearbeit mit dem Hauptpersonalrat des Innenministeriums abgeschlossen, die nach wie vor gültig

ist und in unterschiedlicher individueller Ausgestaltung von meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern genutzt wird. Ich weiß, dass auch in anderen Ressorts derartige Dienstvereinbarungen zwischenzeitlich abgeschlossen worden sind.

Die nunmehr von der FDP-Fraktion aufgeworfene Frage, wie es sich im Einzelnen mit der Umsetzung von Tele- und Heimarbeit verhält, ist schon Gegenstand einer ressortübergreifenden Prüfung des Landesrechnungshofes im vergangenen Jahr gewesen. Im Ergebnis wurde den obersten Dienstbehörden empfohlen, Untersuchungen zur Wirtschaftlichkeit der eingesetzten Arbeitszeitmodelle nachzuholen und konkrete Vereinbarungen über messbare sowie kontrollierbare Arbeitsergebnisse zu treffen. Weiterhin empfahl der Landesrechnungshof, das Instrument der Telearbeit nicht ausschließlich aufgrund sozialer Erwägungen einzusetzen, sondern daneben verstärkt auf einen wirtschaftlichen Nutzen für das Land zu achten. Um sicherzustellen, dass die Arbeitsleistung im häuslichen Umfeld nicht nachlässt, mithin die Telearbeit nicht missbraucht wird, empfiehlt der Landesrechnungshof den Ressorts, das Angebot von Telearbeitsplätzen hauptsächlich auf die Leistungsträger unter den Beschäftigten zu beschränken.

Meine Damen und Herren Abgeordnete von der Fraktion der FDP, Sie mögen hieran erkennen, dass wir uns innerhalb der Landesverwaltung auf verschiedenen Ebenen mit den Möglichkeiten der Tele- und Heimarbeit schon seit Längerem intensiv befassen und dabei selbstverständlich auch deren Auswirkungen auf den Dienst und seine zu wählende Effizienz kritisch beleuchten.

Ich möchte Ihnen aber nicht vorenthalten, welche Position die Landesregierung gegenüber den genannten Empfehlungen des Landesrechnungshofes vertreten hat. Die Landesregierung ist der Auffassung, dass eine rein wirtschaftliche Betrachtung von Tele- und Heimarbeit sich auf unsere aktuellen Bemühungen um eine größere Familienfreundlichkeit in unserem Land negativ auswirken würden. Der öffentlichen Verwaltung muss auch in diesem Feld vielmehr eine Vorreiterrolle zukommen, zumal soziale Erwägungen und wirtschaftlicher Nutzen keinesfalls einen Gegensatz bedeuten.

Innerhalb der Landesregierung sind wir der festen Überzeugung, dass moderne IuK-Technologien dem Arbeitgeber Kosten- und Zeiteinsparungen ermöglichen, einhergehend mit flexibleren Arbeitsformen sowie einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Familienbewusste Personalpolitik rückt immer weiter in den Vordergrund. Seitens der obersten Landesbehörden wird daher auch Telearbeit als eine geeignete Arbeitszeitform gesehen, um die Forderungen des Gleichstellungsgesetzes und der Schwerbehindertenrichtlinie mit Nachdruck umsetzen zu können.

Ich greife jene gegenüber dem Landesrechnungshof abgegebene Stellungnahme heute gern wieder auf und sehe vor diesem Hintergrund keine Notwendigkeit, in eine zeitaufwendige und zugleich arbeits- und kostenintensive Untersuchung einzutreten, wozu der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP letztendlich führen würde, ohne dass damit tatsächlich ein erkennbarer Mehrwert verbunden wäre.

Und, sehr geehrte Abgeordnete der FDP-Fraktion, es ist doch auch gerade Ihr zentrales Anliegen, Bürokratie zu vermeiden und stattdessen die wirklichen Probleme tatkräftig anzugehen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Dr. Timm. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Gottfried Timm, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Löblich an diesem Antrag ist es, Frau Kollegin Reese, dass Sie ihn gestellt haben

(Gino Leonhard, FDP: Oh!)

und wir jetzt über ein Thema debattieren, was möglicherweise nicht jeden interessiert.

Deswegen ist mein Vorschlag an sich der, dass, wenn Sie Tiefenbohrungen machen wollen in den verschiedenen Ministerien, dass das ein klassisches Thema ist für eine Ausschussbefassung, wo man auch im Einzelnen die verschiedenen Aspekte, sie sind ja teilweise auch immer Einzelfallaspekte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, diskutieren kann. Ich glaube, das ist in einer Plenardebatte eher weniger gut. Aber trotzdem, glaube ich, ist das Thema interessant. Herr Caffier hat hierzu schon einiges ausgeführt, und zwar auf die Perspektive gerichtet. Die Perspektive dieser Arbeit ist ein Anliegen der Familienfreundlichkeit und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie Sie es ja auch schon vorgetragen haben.

Der Landesrechnungshof hat eine völlig andere Perspektive. Er sagt, es muss ein wirtschaftlicher Nutzen für das Land, für die Landesregierung dabei herauskommen. Das heißt auf Deutsch: Nach dem vorliegenden Konzept der Dienstvereinbarung zwischen Regierung und Personalräten gibt es keine Zwangstelearbeit. Immer nur dann, wenn ein Mitarbeiter diesen Antrag stellt oder das Anliegen vorträgt, Telearbeit machen zu wollen, wird darüber nachgedacht und gegebenenfalls auch entschieden.

Zwangstelearbeit unter wirtschaftlichen Aspekten halte ich persönlich auch nicht für sinnvoll in der Landesverwaltung, weil hier offensichtlich etwas geregelt werden soll, was nicht zu regeln ist, denn es gibt immer nur Einzelfälle in diesem Bereich der verschiedenen Landesbehörden – oberen, mittleren und unteren –, wo es gar keine Regelmöglichkeit gibt, um etwas darzustellen, was von der Landesregierung, wie Herr Caffier es hier auch schon sagte, gar nicht gewollt ist.

Also der entscheidende Punkt ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Entscheidend ist also, dass einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von sich aus das Anliegen vortragen, in ihrem Bereich Telearbeit machen zu können. Dann wird eine Vereinbarung abgeschlossen und es wird über eine bestimmte Zeit – Monate, Jahre – umgesetzt. Und das ist auch vernünftig so. Eine andere Perspektive, wie sie möglicherweise auch von Ihnen gewünscht wird, Frau Reese, und vom Landesrechnungshof ja auch schon vorgetragen wurde, halten wir Sozialdemokraten nicht für richtig. Es geht nicht um einen wirtschaftlichen Nutzen für die Verwaltung, sondern um eine mitarbeiterfreundliche Gestaltung der Arbeitszeit. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dr. Timm.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter. Bitte, Herr Abgeordneter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Fraktion wird dem Antrag zustimmen, denn wir meinen schon, dass die darin enthaltenen Empfehlungen des Jahresberichtes 2008 des Landesrechnungshofes durch die Landesregierung konsequent beachtet werden sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Nein, nicht so schnell klatschen!

Seriöser wäre es nach Auffassung meiner Fraktion aber gewesen, wenn die FDP die Ziffern 237 bis 242 dieses Berichtes des Landesrechnungshofes dann auch als geistige Quellen ihres Antrages angeführt hätte. So steht der Antrag unter der Überschrift: „Wissen ist wissen, wo es steht“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Tele- und Heimarbeit soll, das ist bekannt und das gilt auch für die Landesverwaltung, einer effizienteren und flexibleren Nutzung der Arbeitszeit, einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und – dazu sagt der Antrag leider nichts – einer höheren Motivation und Arbeitszufriedenheit dienen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Antrag stellt in erster Linie, nämlich in zwei von vier Untersuchungsgegenständen auf Einsparpotenziale ab. Ich glaube aber, hier ist Realismus gefragt. Und dazu wird die Erkenntnis gehören, dass die Einrichtung von Tele- und Heimarbeitsplätzen zunächst auch Kosten verursacht.

Tele- und Heimarbeit findet in der Regel an einem computergestützten Telekommunikationssystem eines häuslichen Arbeitsplatzes statt. Über die Aufteilung der hierbei entstehenden Kosten wird im Einzelfall zu reden sein. Werden die notwendigen Arbeitsmittel und Einrichtungsgegenstände für die häusliche Arbeitsstelle kostenlos zur Verfügung gestellt? Wer definiert und wer garantiert finanziell den notwendigen Standard des Netzwerkzuges? Wer trägt mögliche Kosten der Erstinstallation sowie der hiermit verbundenen fortlaufenden Kosten? Bestehen Erstattungsansprüche für anteilige Miete, Heizung, Strom, Renovierung? Wer trägt nach Aufgabe des Tele- und Heimarbeitsplatzes mögliche Kosten der Deinstallation?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch zu einem weiteren Aspekt, der im Antrag nicht erwähnt wird, sollte der Bericht der Landesregierung Auskunft geben – Stichwort Datenschutz. Auch dies kann übrigens zusätzliche Kosten verursachen. Deshalb bleibe ich dabei: Maßstab kann nicht allein Einsparung, sondern müssen Motivation, Arbeitszufriedenheit und bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine letzte Anmerkung: Der Antrag legt als Terminstellung das erste Quartal 2009 fest. Ich mache darauf aufmerksam, dass die Landesregierung kurz vor Abschluss ihrer Arbeiten am Beamtenrechtsneuordnungsgesetz steht.

(Gino Leonhard, FDP: Das stimmt.)

Ich könnte mir gut vorstellen, den Komplex Tele- und Heimarbeit bereits in diesem Gesetzentwurf zukunftsfähig auszugestalten, und zumindest für den Bereich

der Beamten könnte damit die Empfehlung des Sozialministeriums, Herr Innenminister, aufgegriffen werden, ich zitiere, „einheitliche Leitlinien für die Landesverwaltung zu entwickeln“, siehe Landesrechnungshofbericht 2008, Ziffer 241.

(Gino Leonhard, FDP: Ja.)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen DIE LINKE und FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Ritter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Ringguth. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu diesem wichtigen und schönen Antrag hatte eigentlich unbedingt mein Kollege Burkhard Lenz sprechen wollen. Er ist erkrankt. Er hat mich gebeten, Ihnen allen auf diesem Wege alles Gute und ein frohes Fest zu wünschen. Das mache ich gerne. Und im Übrigen hat er etwas verschmitzt gesagt, zur Heimarbeit sei er schon wieder in der Lage.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Meine Damen und Herren, es ist schön und ich finde es auch bemerkenswert, was man so alles aus Berichten des Landesrechnungshofes machen kann,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Ja, ja. Der freut sich auch.)

denn im Jahresbericht des Landesrechnungshofes hat der Landesrechnungshof eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für die Tele- und Heimarbeit angemahnt. Der Finanzausschuss allerdings hatte seinerzeit diese Forderung lediglich zur Kenntnis genommen. Und das, darf man sagen, ist für den Finanzausschuss wenig.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Denn sonst geben sich die Kollegen vom Finanzausschuss – nicht, Egbert? – immer richtig Mühe.

(Egbert Liskow, CDU: Wir geben uns immer viel Mühe.)

Das, meine Damen und Herren, könnte schon ein sicheres Indiz dafür sein, dass eine Berichterstattung der Landesregierung zur Heim- und Telearbeit eigentlich nicht erforderlich ist.

Aber ich will einiges dazu sagen. In verschiedenen Ressorts in der Landesverwaltung, also nicht nur im Innenressort, sondern zum Beispiel im Finanz- oder im Wirtschaftsministerium, gibt es diese Dienstvereinbarung – der Minister hat es gesagt – schon seit Langem. Die Regelung im Innenministerium geht zum Beispiel von dem Grundsatz aus, dass Telearbeit im Interesse der Mitarbeiter und der Dienststelle eingeführt wird, und zwar, meine Damen und Herren, in dieser Reihenfolge.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja.)

Also der Mitarbeiter steht da wirklich vorne. Damit wird eigentlich eines klar, dass es hier um den sozialen Aspekt dieser Vereinbarung geht, dass, das haben alle Redner gesagt, es eben wichtig ist, Frau Reese, Sie haben es auch gesagt, dass Tele- und Heimarbeit der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf dient. Finanzielle

und wirtschaftliche Aspekte allerdings treten dagegen in den Hintergrund. Die teilnehmenden Ressorts haben im Rahmen der vom Landesrechnungshof durchgeführten Querschnittsprüfungen dargelegt, dass durch die Einführung der Tele- und Heimarbeit keine zusätzlichen Kosten entstünden. Sowohl das Finanz- als auch das Wirtschaftsministerium halten die Einführung der Tele- und Heimarbeit aber für einen Erfolg.

Meine Damen und Herren, was sagt uns denn das?

Mecklenburg-Vorpommern erhebt den Anspruch, Familienland Nummer eins zu sein. Da gilt es, Erfolge bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hervorzuheben.

Frau Reese, insoweit ist es wirklich schön, und da teile ich die Auffassung des Kollegen Dr. Timm, dass das hier heute zum Thema gemacht wurde. Die Landesverwaltung muss den Wirtschaftsunternehmen dabei auch ein gutes Beispiel sein, denn gerade soziale Komponenten bei der Arbeitszeitgestaltung zahlen sich dadurch aus, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Arbeit sehr engagiert und effektiv erledigen. Das hat alles etwas mit Mitarbeitermotivation zu tun und dadurch kommt es eben auch zu zwar schwer fixierbaren, aber erheblichen finanziellen Einsparungen, auch für den Landeshaushalt.

Man darf aber nicht – und ich glaube, das könnte sein, dass Sie diesem Fehler, meine Damen und Herren von der FDP, erlegen waren – Tele- und Heimarbeit so einsetzen wollen, dass künftig eine große Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Hause arbeitet, um zum Beispiel Bürofläche einzusparen. Das ist nicht Sinn der Heimarbeit. Nach wie vor gilt der Grundsatz, dass die Dienstzeit in der Dienststelle abzuleisten ist. Tele- und Heimarbeit ist lediglich eine Ausnahme. Bei diesem Ausnahmecharakter, meine Damen und Herren, sollte es meiner Meinung nach auch bleiben.

Wir halten deswegen die vom Landesrechnungshof durchgeführte Querschnittsprüfung für ausreichend und eine weitere Berichterstattung durch die Landesregierung für nicht erforderlich. Der Kollege Dr. Timm hat ja angeboten, dass man durchaus bohrende Fragen über den Ausschuss stellen kann. Von diesem Recht können Sie gerne jederzeit Gebrauch machen. Meine Fraktion allerdings wird den Antrag ablehnen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.)

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Köster. Bitte, Herr Abgeordneter.

Stefan Köster, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Meine Damen und Herren von der FDP-Fraktion, das ist wieder mal ein Antrag, der zeigt, wie überflüssig Ihre Fraktion hier im Landtag ist. Über die Prinzipienfestigkeit der Liberalen trifft ja das schöne Bild zu, versuchen Sie mal, einen Pudding an der Wand festzunageln: für den freien Markt, aber für staatliche Investitionsprogramme,

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

für eine Veränderung des Raucherschutzgesetzes und gleichzeitig dagegen, Ignoranten des Kormoranprob-

lems und dann Anwalt desselben. Und jetzt soll also die Landesregierung über die weiteren Möglichkeiten der Tele- und Heimarbeit berichten.

Recherchieren Sie doch selbst mit Ihren Mitarbeitern, bilden sich eine eigene Meinung und dann beantragen Sie, was Sie wollen. So aber legen Sie sich erst einmal gar nicht fest, dann können Sie wenigstens später nichts verkehrt gemacht haben, wenn Sie Ihre Meinung wieder ändern. Diese Chamäleonpolitik ist überflüssig.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Ist das das Tier mit den Höckern?)

Oder wollen Sie nur nicht laut sagen, dass die Zu-Hause-Arbeit durchaus von Ihnen gewünscht ist? Das wäre ja dann nur logisch.

In Ihrem System funktioniert es für die Bürger im Land ja so: Der Staat müsste zwar in jedem Bereich Geld abzocken, die Steuer- und Abgabenlast steigt und steigt. Die Leistungen sollen aber abgebaut werden. Ich habe jedenfalls noch nichts davon gehört, dass Abgaben reduziert werden, wenn beispielsweise Kommunen den Dienst am Bürger einschränken würden. Damit sich der normale Bürger nichts darunter vorstellen kann, nennt man dies dann E-Government. Das klingt richtig fortschrittlich. Da muss man doch dafür sein. Tatsächlich schließt man nur die Schalter und die Menschen werden in die Warteschleife dieses Systems geschickt.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Es geht überhaupt nicht darum. –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Die haben
ein paar Wahrnehmungsprobleme. –
Zurufe von Gino Leonhard, FDP,
und Michael Roof, FDP)

Sinngemäß: Wenn Sie Hartz-IV-Empfänger sind, dann drücken Sie die Rautetaste.

Und Tele- und Heimarbeit spart natürlich auch unheimlich. Da können die Arbeitsplätze in den Behördenräumen reduziert werden. Beruf und Familie? Ich bewundere jedenfalls jene, die dieses bei einem halben Arbeitsplatz vernünftig vereinbaren können und beiden wichtigen Tätigkeiten gegenüber gerecht werden. Wer zu Hause arbeitet, wird auch nicht mehr durch Kollegenschwätzchen von der Arbeit abgehalten. Kommunikation mit anderen ist aus Sicht der FDP sowieso überflüssig.

Meine Damen und Herren von der FDP-Fraktion, gern soll die Landesregierung berichten, welche Chancen sie in der Heimarbeit sieht. Da sie sonst auch wenig Sinnvolles tut, kommt es auf einen Punkt Selbstbeschäftigung mehr oder weniger auch nicht an.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön.

Es hat jetzt noch einmal das Wort für die Fraktion der FDP die Abgeordnete Frau Reese. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Sigrun Reese, FDP: Herr Präsident! Liebe Kollegen Abgeordnete! Dass der Minister den Antrag nicht ziel führend findet, enttäuscht mich schon etwas. Und dass Mitarbeiter unter Missbrauchsverdacht gestellt werden,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und zwar völlig egal, ob vom Landesrechnungshof oder vom eigenen Arbeitgeber, finde ich schon sehr befremdlich. Wie weit unter diesen Voraussetzungen dann noch

Motivation von Beschäftigten erwartet werden kann, ist durchaus fraglich.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Selbstverständlich steht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit im Vordergrund. Aber ich denke, es geht genau darum, den Kontext zwischen dieser Vereinbarkeit von Familie und Beruf und trotzdem der Wirtschaftlichkeit zu finden.

(Toralf Schnur, FDP: Genau.)

Der Bericht, den wir fordern, soll nicht eine Rückschau sein, sondern er soll richtungsweisend für die vom Landesrechnungshof angemahnte Vorgehensweise sein.

(Michael Roof, FDP: Genau so. –
Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU,
und Hans Kreher, FDP)

An die CDU-Fraktion: Herr Ringguth, dass Sie die Erfolge hervorheben wollen, ist ganz toll. Es ist auch richtig, dass wir welche haben. Aber sich auf Erfolgen auszuruhen, reicht einfach nicht aus. Man muss sie auch weiterentwickeln. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2052. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2052 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE und der FDP, Ablehnung durch die Fraktionen der SPD und CDU sowie Stimmenthaltung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 34:** Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Entwicklungskonzept für eine Politik für Menschen mit Behinderungen, auf der Drucksache 5/2053. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2106 vor.

**Antrag der Fraktion der FDP:
Entwicklungskonzept für eine Politik
für Menschen mit Behinderungen
– Drucksache 5/2053 –**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 5/2106 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktion der FDP hat der Abgeordnete Herr Grabow. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Ralf Grabow, FDP: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landtag hat in letzter Zeit viel über behindertenpolitische Maßnahmen diskutiert. Wir haben über die Novellierung des Sozialhilfefinanzierungsgesetzes gesprochen und wir sind noch in der Beratung zum Landesblindengeld. All diese Diskussionen haben gezeigt, dass es in Mecklenburg-Vorpommern an einem ganzheitlichen Ansatz für eine zeitgemäße Politik für Menschen mit Behinderungen fehlt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Wir verlieren uns sehr in Debatten über Einzelmaßnahmen, ohne uns folgende Fragen zu stellen: Welche Wünsche und Bedürfnisse haben Menschen mit Behinderungen? Wie werden diese Wünsche durch Verbände im Land realisiert und was kann das Land tun? Welche Instrumente stehen uns eigentlich zur Verfügung, um das Ziel einer chancengleichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung oder chronisch Erkrankten zu gewährleisten?

Zur Beantwortung dieser Fragen brauchen wir ein behindertenpolitisches Entwicklungskonzept. Und ich betone ausdrücklich, dass dieses nur ein Entwicklungskonzept und keine fertige Planung sein kann. Behindertenpolitik ist viel zu komplex und zu vielen Veränderungen unterlegen, als dass wir hier und heute die Antwort geben können.

Das Entwicklungskonzept gibt uns zunächst einmal die Möglichkeit der Analyse aller Dinge, die wir bislang gemacht haben. Wir erfahren aber auch, welche Instrumente und Fördermaßnahmen wir benötigen, um die Politik für Menschen mit Behinderungen qualitativ weiterzuentwickeln. Im Ergebnis dieser Analyse sollen nicht vage Zielvorstellungen stehen, sondern ganz konkrete Aufgaben für die nächsten Jahre. Dabei lege ich ganz besonders Wert darauf, dass von Anfang an die Betroffenen und ihre Interessensvertreter an der Erstellung dieses Entwicklungskonzeptes beteiligt werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal auf den Tag der Menschen mit Behinderung hinweisen. Ich freue mich, dass es nach über einem Jahr warten endlich gelungen ist, Menschen mit Behinderung im Landtag ein Forum zu geben. Erst wenn wir wirklich wissen, was und wie wir Behindertenpolitik in M-V betreiben wollen, sollten wir die Durchführung von Einzelmaßnahmen diskutieren.

Das heißt, alle Einzelmaßnahmen, egal ob materieller oder auch ideeller Förderung von behinderten Menschen, müssen sich innerhalb eines festen Rahmens bewegen. Danach gewährleisten wir betroffenen Kommunen und Verbänden Planungssicherheit und Perspektive. Behindertenpolitik stellt ähnlich der Jugend-, Familien- oder Seniorenpolitik eine Querschnittsaufgabe über alle Politikbereiche dar. Alle Hilfeleistungen sollten deshalb ortsnahe, möglichst individuell und unbürokratisch aus einer Hand angeboten werden. Die Hilfe muss flexibel sein, einerseits durch die Konsensumsetzung des trägerübergreifenden Budgets, andererseits durch eine bessere Vernetzung von Kommune, Land, Einrichtungen und Verbänden, die in gemeinsamer Verantwortlichkeit die Möglichkeit haben, Leistungsstrukturen zu entwickeln und wohnortnahe Hilfe anzubieten.

Wir wollen, dass das Entwicklungskonzept nicht nur alle Fördermaßnahmen bewertet, sondern wir wollen auch, dass alle Lebensbereiche berücksichtigt werden. Konkret meinen wir: Arbeit und Beschäftigung, Leben und Wohnen, Barrierefreiheit, Integration und Gleichstellung sowie Prävention und Früherkennung.

Ziel einer Behindertenpolitik für Mecklenburg-Vorpommern sollte auch sein, dass alle Maßnahmen, Pläne, Gesetze und Vorschriften im Land einheitlich angewendet werden. Gerade bei der Beratung zum Sozialhilfefinanzierungsgesetz haben wir noch einmal deutlich zur Kenntnis nehmen müssen, wie viele Unklarheiten es im Lande gibt.

Sehr geehrte Damen und Herren, nutzen Sie unseren Antrag, um gemeinsam ins Gespräch zu kommen, um der Behindertenpolitik endlich den Stellenwert einzuräumen, den diese verdient. Politik für Menschen mit Behinderungen ist keine Sparpolitik, sondern Gesellschaftspolitik. Ich freue mich auf die Diskussion. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Grabow.

Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste hat ums Wort gebeten die Ministerin für Soziales und Gesundheit Frau Schwesig. Bitte schön, Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Grabow, wenn Sie sagen, dass die Politik für Menschen mit Behinderungen einen hohen Stellenwert haben soll und haben muss, dann stimmen wir darüber völlig überein. Und ich kann Ihnen versichern, dass die Politik für Menschen mit Behinderungen und vor allem die Politik mit Menschen mit Behinderungen – darauf kommt es an in der Politik der Landesregierung – einen sehr, sehr hohen Stellenwert genießt. Ich bin außerordentlich dankbar und ich glaube, dass es ein sehr gutes Zeichen ist auch von diesem Hohen Hause, dass vor Jahresende der Tagesordnungspunkt Politik für und mit Menschen mit Behinderungen der letzte Tagesordnungspunkt ist,

(Gino Leonhard, FDP: Auf Antrag der FDP.)

mit dem wir uns dann auch in den Jahreswechsel verabschieden.

(Vizepräsident Hans Kreher übernimmt den Vorsitz.)

Ich hoffe jedenfalls, dass das ein gutes Zeichen ist.

Das Konzept zur Politik für Menschen mit Behinderungen, das die FDP-Fraktion heute vorlegt, enthält einige Anregungen, die vertiefter diskutiert werden sollten. Zugleich greift der Antrag viele Gesichtspunkte auf, die bereits vom Sozialministerium verfolgt werden. Als Beispiele will ich die Beratung für Menschen mit Behinderungen, die Schwangerschaftsberatung und die familienlastenden Dienste nennen.

Der Ansatz, eine alles zusammenbindende Konzeption zu erstellen, ist richtig. Allerdings, um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, bedarf es eines breiteren und tieferen Ansatzes. Nur dann können wir auch eine nachhaltige Wirkung erzielen.

Sicherlich ist es sinnvoll, die bestehenden Hilfs- und Unterstützungsangebote aufzulisten und kritisch zu analysieren, wie es die FDP fordert. Das Ergebnis dieser Analyse kann jedoch nur lauten, dass in Mecklenburg-Vorpommern zahlreiche Angebote vorgehalten werden, die Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen helfen. Dazu kommen bekanntlich die Hilfen, die der Bund leistet.

Ich kann Ihnen versichern, in den ersten Wochen meiner Amtszeit habe ich bereits erlebt, wie engagiert die Fach-

leute meines Hauses, die für diesen Bereich verantwortlich sind, sich hier einsetzen für viele Projekte vor Ort, wie engagiert aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Vereine und Verbände und der Einrichtungen, die vor Ort Menschen mit Behinderungen helfen, mitten in unserem Alltag zu leben, wie engagiert diese arbeiten. Und deswegen von dieser Stelle auch einen herzlichen Dank dafür. Mein Haus hat in den letzten Wochen vor dem Jahreswechsel noch sehr fleißig gearbeitet, dass wir noch einmal viele Fördermittel besonders an die Behindertenwerkstätten ausreichen konnten, um hier den Vorbereitungsgruppen zukünftig noch bessere räumliche Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Also Sie sehen, dieses Thema hat einen hohen Stellenwert.

Das vorliegende Konzept beinhaltet allerdings nicht alle Prinzipien, die mir wichtig erscheinen. Ich meine die Selbstbestimmung, die Partizipation, die Autonomie und die Selbstvertretung. Den Grundgedanken einer inklusiven Politik, also Partizipation und Teilhabe für Menschen mit Behinderungen, sollte man stärker betonen, als es der vorliegende Antrag tut.

Der vorliegende Antrag lässt außerdem das UN-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen außer Acht, das Deutschland am 30. März 2007 unterzeichnet hat. Von diesem Regelwerk gehen wichtige Impulse aus, die auch Mecklenburg-Vorpommerns Politik verändern werden.

Ich möchte drei weitere Anmerkungen zum FDP-Antrag machen:

Zum einen fehlt mir die Verbindung zu dem wichtigen Landesgesetz zur Gleichstellung von Behinderten. Es verpflichtet nicht nur alle Ministerien, sondern die gesamte Verwaltung, Menschen mit Behinderungen so zu behandeln wie Menschen ohne Behinderung.

Zweitens, die wichtige Rolle des Integrationsförderates bleibt leider unerwähnt. Er begleitet die Politik der Landesregierung ebenso kritisch wie konstruktiv.

Und zum Dritten: Freidemokraten fordern ja immer gern, Bürokratie abzubauen, schlankere Verwaltungen. Das Konzept der FDP-Fraktion ist mit diesem Ideal nicht vereinbar. Ich halte es für illusorisch, ein derart umfassendes Konzept in dem Zeitraum zu erstellen, der der FDP-Fraktion vorschwebt. Dafür bräuchten wir Unterstützung von außen, die wir natürlich finanzieren müssten und die dann wieder in der praktischen Arbeit fehlt.

Ich will aber doch versöhnlich schließen, liebe FDP-Fraktion: Wenn es darum geht, den Alltag und die Arbeitswelt von Menschen mit Behinderungen schnell und konkret zu verbessern, können Sie als Verbündete auf mich zählen. Insoweit freue ich mich auf die Beratungen im Sozialausschuss, wenn sich dieses Hohe Haus dazu entschließt, den Antrag zu überweisen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU. Herr Glawe, Sie haben das Wort.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorgelegte Antrag der FDP-Fraktion ist richtig. Wir brauchen ein Entwicklungskonzept für eine neue Politik für Menschen mit Behinderungen. Dem stehen wir als CDU sehr offen entgegen. Natürlich ist

es so, dass nicht alle Dinge in einem Antrag, der heute vorliegt, schon entscheidungsfähig sind. Aber er ist ein wichtiger Anstoß, um den behinderten Menschen hier in Mecklenburg-Vorpommern sozusagen auch genügend Aufmerksamkeit zu geben.

Behinderten Menschen soll durch Leistungen zur Teilhabe die volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eröffnet werden. Sie sollen ihr Leben nach ihren Neigungen und Fähigkeiten gestalten. Eine umfassende Teilhabe ist dann erreicht, wenn der behinderte Mensch wieder oder vollständig in das Leben der Gesellschaft eingegliedert ist. Diesen Zustand zu erhalten, gehört selbstverständlich auch zu den Aufgaben der Leistungen der Teilhabe. Ich denke, das ist eine wichtige Definition, die uns insgesamt eint in der Frage, hier im Land weitere Dinge voranzubringen.

Leistungen zur Teilhabe sind umso erfolgreicher, je früher sie eingeleitet und durchgeführt werden. Sie setzt nicht erst dann ein, wenn die Behinderung schon vorliegt. Bei Krankheiten und Unfällen beginnt sie meist mit der Akutbehandlung schon im Krankenhaus. Auch wenn man die Leistungen zur Teilhabe in Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, zur Teilhabe am Arbeitsleben, zur Teilhabe am Leben in der Gesellschaft unterteilt und schwerbehinderte Menschen zusätzlich besondere Leistungen erhalten, die einzelnen Leistungen zur Teilhabe sind keine streng zu trennenden, schematisch aufeinanderfolgenden Vorgänge. Rehabilitation und Teilhabe führen dann zum besten Ergebnis, wenn die mit den behinderten Menschen jeweils abgestimmten einzelnen Phasen und Bereiche nahtlos ineinandergreifen und sich gegenseitig ergänzen. Rehabilitation und Teilhabe müssen als ein einheitlicher Prozess gesehen und durchgeführt werden.

Meine Damen und Herren, welche Hilfen gibt es nun und wer ist hierbei zuständig? Für die einzelnen Leistungen zur Teilhabe sind jeweils unterschiedliche Träger zuständig, denn das System der sozialen Sicherung in Deutschland ist historisch gewachsen. Aus diesem Grund hat jeder Träger in unserem Gesundheits- und Sozialsystem neben seinen sonstigen Aufgaben auch spezifische Bereiche der Rehabilitation und Teilhabe abzusichern.

Ich nenne hier stellvertretend die Krankenversicherung. Die bringt für ihre Versicherten Leistungen zur medizinischen Rehabilitation. Träger der Krankenversicherung sind die Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen, die Seekrankenkasse, die Ersatzkrankenkassen, die Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Krankenversicherung sowie die landwirtschaftlichen Krankenkassen.

Die Rentenversicherung ist für die Leistungen für die medizinische Rehabilitation ihrer Versicherten und zu deren Teilhabe am Arbeitsleben zuständig. Die Deutsche Rentenversicherung Bund, die Träger der Deutschen Rentenversicherung Land, die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See sowie die landwirtschaftlichen Alterskassen sind Träger der Rentenversicherung.

Zur Unfallversicherung ist Folgendes zu sagen: Sie ist bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten für Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, zur Teilhabe am Arbeitsleben, zur Teilhabe am Leben in der Gesellschaft verantwortlich. Unfallversicherungsträger sind die gewerblichen Berufsgenossenschaften, die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sowie die Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand.

Die Träger der sozialen Entschädigung übernehmen bei Gesundheitsschäden in ihren Leistungsbereichen die Leistungen für medizinische Rehabilitation zur Teilhabe am Arbeitsleben und zur Teilhabe am Leben in der Gesellschaft. Träger der sozialen Entschädigung sind die Landesversicherungsämter, Versorgungsämter sowie die Hauptfürsorgestellen und Fürsorgestellen, die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit für Erwerbsfähige und hilfebedürftige behinderte Menschen. Die Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende erbringen die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit für Erwerbsfähige und hilfebedürftige behinderte Menschen. Durch Leistungen der Grundsicherung, darauf ist hinzuweisen, sind speziell behindertenspezifische Nachteile auszugleichen. Grundsätzlich stehen hier Menschen für die Grundsicherung, und zwar sieht hier das SGB II im Wesentlichen die gleichen Leistungen vor, wie das im SGB III der Fall ist.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, ja, durch das Nachteilsausgleichsgesetz.)

Meine Damen und Herren, ich könnte die Aufzählung weiter fortführen. Die Jugendhilfe mit den örtlichen Jugendämtern erbringt hingegen Leistungen zur Teilhabe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche sowie weitere Träger. All diese vorgetragenen Maßnahmen sind auf den ersten Blick verwirrend. Andererseits muss man sie nennen, weil alle mit an der Teilhabe beteiligt sind und für behinderte Menschen Nachteile abschaffen oder ausgleichen sollen.

Meine Damen und Herren, worum geht es in der Sache? Ich erspare mir jetzt einige Ausführungen, die Herr Grabow schon getätigt hat. Mit dem Instrument der Zielvereinbarung wird zudem ein völlig neuer Weg beschritten, der auch in Mecklenburg-Vorpommern zum Erfolg führen muss. Anerkannte Verbände können unmittelbar in Verhandlungen mit der Wirtschaft eintreten, um ausgewogene Regelungen zur Herstellung der Barrierefreiheit zu vereinbaren, ohne auf eine staatliche Verpflichtung anderer zu warten. Unter bestimmten Voraussetzungen können sich anerkannte Verbände bei Verstößen gegen das Benachteiligungsverbot oder die Verpflichtung zur Herstellung der Barrierefreiheit mit einer Verbandsklage wehren. Und ich denke, das ist ein deutlicher Fortschritt.

Auf eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft ist auch der am 18. August im Jahre 2006 in Kraft getretene Gleichbehandlungsgrundsatz gerichtet. Er konkretisiert den Artikel 3 des Grundgesetzes, wonach Personen vor Diskriminierung etwa aufgrund ihrer Rasse oder ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, ihres Alters, ihrer sexuellen Identität oder aber wegen einer Behinderung geschützt werden sollen.

Ergänzend zu den bereits bestehenden Regeln soll das Gleichbehandlungsgesetz behinderte Menschen vor allem vor Benachteiligungen in den Bereichen Beschäftigung und Beruf sowie im täglichen Leben schützen. Unabhängig von der Schwere der Behinderung oder ihrer Anerkennung gilt das Benachteiligungsverbot nicht.

Meine Damen und Herren, diese Ausführungen sollen heute genügen, um insgesamt im Ausschuss die Frage zu diskutieren, wie kommen wir voran, wie kriegen wir eine Bestandsanalyse, insbesondere für die Lebens- und Wohnsituation, die Arbeits- und Beschäftigungssituation und mögliche Maßnahmen des Landes zur Förderung der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen, Fördermaßnahmen für Kinder und Jugendli-

che, zum Beispiel die Kindertagesstätten und Schulen, sowie Maßnahmen zur Prävention, Früherkennung. Und schließlich sind auch im Bereich der Pflege oder des Sports solche Dinge denkbar. Ich bitte daher um Überweisung des Antrages in den Sozialausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke schön, Herr Glawe.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Müller von der Fraktion DIE LINKE.

Irene Müller, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren! Dieser Antrag, der uns heute hier von der FDP-Fraktion vorliegt, ist wichtig und in seinen Bestandteilen sehr wohl noch zu vervollständigen. Deshalb auch der Änderungsantrag unserer Fraktion, denn wir sind natürlich der Meinung, dass es immer sein muss und gut ist, wenn man erst mal analysiert, was man in der Zwischenzeit alles hat, was miteinander zusammenspielt, was miteinander gar nicht zusammenspielt und was sich als Einzellösung sogar als kontraproduktiv erweist. Das also als Grundlage.

Eine Leitidee zu entwickeln, halten wir natürlich auch für gut, und dann bin ich vollkommen bei der Sozialministerin, aber bitte nicht so eingengt, wie es in dem Antrag unter den Punkten 2, 2.1, 2.3 und folgende ist. Diese Einengung ist unseres Erachtens nicht so ganz in Ordnung, weil an vorderer Stelle natürlich stehen muss die Selbstbestimmtheit, die eigene Art und Weise, das Leben bestimmen zu können, Menschenwürde, Menschenrechte. Das gilt als Allererstes und ist so nicht aufgeschrieben.

Bestimmte Dinge sind auch noch anderweitig zu diskutieren. So sind zum Beispiel aufgelistet: Begegnungsstätten, Freizeitstätten, Sportstätten. Was ist bitte mit den Begegnungsstätten, Freizeitstätten, Sportstätten? Als Allererstes muss gesagt werden, dass die Verbände und Vereine dagegen sind, dass für jede Lebenssituation für Menschen mit Behinderungen etwas extra geschaffen wird, dass aber sehr wohl geschaut werden muss, meine Damen und Herren von der SPD und der CDU, dass barrierefrei gebaut wird. Da zu gucken, ist wichtig. Und dabei nutzt es überhaupt nichts, irgendwelche Richtlinien heranzusuchen, wo noch das Wort „behindertengerecht“ oder „behindertengerech“ drin ist, und damit einen Antrag hier zu begründen. Diese Richtlinien 18024 und 18025 sind Empfehlungen einer Behörde, keine Landesgesetzlichkeit, eine Empfehlung aus dem letzten Jahrhundert. Politisch reden wir schon lange von barrierefrei.

Wir müssen uns befeißigen, die Schwerpunkte so zu setzen, dass als Allererstes Begriffe wie „Behinderung“ und „Menschen mit Behinderung“ geändert werden. Dazu haben wir als Grundlage das Landesbehindertengleichstellungsgesetz. Schon als wir das Landesbehindertengleichstellungsgesetz im Sommer 2006 auf den Weg brachten, haben die Verbände und Vereine immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass diese Definition, die wir da an erster Stelle haben, vorsintflutlich ist. Denn schon vor zwei Jahren, vor zweieinhalb Jahren, ist damals ein bisschen hoch gegriffen worden, also vor zweieinhalb wussten wir alle, die sich mit diesem Thema beschäftigen, dass auch auf Bundesebene schon daran gedacht wurde, die Definition „Behinderung“, „behinderter Mensch“ zu verändern. Das müssten wir dann

also als Allererstes tun, um damit – und darauf hat Frau Schwesig auch schon hingewiesen – der UN-Konvention zum Schutz der Rechte der Menschen mit Behinderung nachhaltig Rechnung zu tragen. Es ist sehr wichtig, dass wir diesen Weg gehen.

Und, Herr Glawe, Ihre Rede zeigte mir auch, dass Sie noch viele lange Wege zu gehen haben.

(Harry Glawe, CDU:

Sie können mich ja unterstützen dabei, dann wäre ich sehr zufrieden.)

In dieser neuen Art und Weise an die Definition „Behinderung“ und „Menschen mit Behinderung“ heranzugehen, dafür ist nämlich mitnichten in irgendeiner Weise der medizinische Zustand Grundlage, was wir schon immer gesagt haben, das Medizinische kommt erst später,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

sondern als allererstes ist Grundlage, in welcher Art und Weise, auf welche Art und Weise Menschen Beeinträchtigungen haben. Und da geht es eben um intellektuelle Eingrenzungen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

um Sinnesbehinderung, Körperbehinderungen, angeboren, erworben durch dieses und jenes, aber immer nicht vom medizinischen Grundsatz aus, sondern vom zivilrechtlichen Grundsatz aus definiert. Und das ist das Wichtige. Dieser zivilrechtliche Grundsatz insgesamt muss Grundlage dafür sein, dass wir im Landesbehindertengleichstellungsgesetz uns die Paragraphen betrachten, auf welche Art und Weise diskriminierende Bestandteile doch noch drin sind beziehungsweise wie sie mit wenigen Worten auch geändert werden können.

Mit anderen Worten, die Rahmenbedingungen, die wir hier im Land Mecklenburg-Vorpommern schon geschaffen haben, müssen weiter vervollkommen, überarbeitet, ergänzt und auch ganz verändert werden. Bei ganz verändert komme ich darauf, dass es natürlich noch etliche Gesetze im Land Mecklenburg-Vorpommern gibt, die haben nach wie vor behindertendiskriminierende Bestandteile und die müssen raus.

Die UN-Konvention als erste Menschenrechtskonvention jetzt im neuen Jahrtausend beschäftigt sich mit dem Schutz und der Förderung der Rechte von Menschen mit Behinderungen. Und ich denke, es ist schon sehr augenscheinlich, wenn die Rechte von Menschen mit Behinderungen in einer Menschenrechtskonvention so dargestellt werden, wie wir sie da jetzt lesen können. Die Lebenssituationen der Menschen an sich werden dargestellt und die Rechte, die sich daraus ergeben, werden in den Artikeln 1 bis 50 ganz genau aufgelistet.

Und dann, Herr Grabow, ist es natürlich ein bisschen komisch, wenn Sie in Ihrem Antrag schreiben: Förderung der Inklusion, um die Integration weiter voranzubringen. Wenn ich Inklusion fördere, habe ich alle Menschen einbezogen. Da brauche ich nicht mehr zu integrieren, also von draußen nach drinnen holen. Inklusion, und das ist der Geist der UN-Konvention, bedeutet, alle Menschen sind drinnen, die Rahmenbedingungen sind so, dass alle Menschen sich darin wohlfühlen können, dass alle Menschen sie handhaben können, egal wie ihre Lebenssituation ist. Und deswegen haben wir dann zum Beispiel im Artikel 1 der UN-Menschenrechtskonvention ganz genau dargestellt, was Selbstbestimmung bedeutet, was Menschenwürde bedeutet, was Menschenrecht

bedeutet, in welcher Art und Weise bürgerliches Recht, Völkerrecht und Zivilrecht damit zu verknüpfen sind.

Im Artikel 6 zum Beispiel ist ganz implizit aufgeführt, auf welche Art und Weise Frauen mit Behinderungen überall mit bedacht werden müssen. Gerade dieser Artikel ist ein ganz besonders wichtiger für Deutschland, nicht nur darum, weil wir da noch sehr viel Nachholbedarf haben, sondern auch darum, weil Frauen aus dem Netzwerk 3 der Menschen mit Behinderungen an ganz vorderster Stelle an diesem Artikel mitgearbeitet haben. Zu bemerken sei, dass bei diesem Artikel, die Gleichstellung der Frauen mit Behinderung voranzutreiben, die vorrangige Arbeit gemacht wurde von Ländern, wo man im Vorfeld gedacht hat, dass es bei denen gar kein Thema ist. Im Gegenteil, da hat Deutschland noch Nachholbedarf.

Ganz wichtig, denke ich mir, ist für uns der Artikel 7 auch im Zusammenhang mit der Diskussion über das neue Schulgesetz. Wir haben schon versucht, es auf diese und jene Art und Weise mit hier reinzubringen. Aber gerade das neue Schulgesetz lässt noch Dinge vermissen, die Rahmenbedingungen schaffen, dass eben Grundschule für alle gilt, dass die Selektierung nicht von Anfang an ist, dass Menschen und Kinder mit Behinderungen wirklich mit allen zusammen lernen können, dass das Wahlrecht wirklich Wahlrecht ist und nicht abhängt von finanziellen, fiskalischen Dingen, ob man nun ein Kind nach da fahren möchte und nach dort fahren möchte, denn da wird Ausgrenzung schon von Anfang an gemacht.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich möchte nicht alle Artikel von 1 bis 50 hier in der UN-Konvention ansprechen, aber es sei noch der Artikel 14 genannt. Der Artikel 14 spricht über das persönliche Freiheitsrecht. Auch wenn wir hier das Heimgesetz novellieren, auch wenn wir sehen, wie unser PsychKG in Mecklenburg-Vorpommern aussieht, haben wir mit diesem Artikel zu tun. Denn persönliches Freiheitsrecht bedeutet, dass auch dann, wenn Heimaufenthalt sein muss, Pflegeheimaufenthalt sein muss, wenn Einweisung in eine Klinik sein muss, das immer unter Bewahrung der Menschenrechte geschehen muss, dass immer als Allererstes das Recht auf eigene freie Entscheidung steht und nicht die Art und Weise der Gettoisierung. Und das ist eine Angelegenheit, die ganz doll zu vermerken ist, denn wenn in dem Antrag der FDP viele Ecken sind, wo Einrichtungen finanziert werden sollen ...

(Harry Glawe, CDU: Wo gibt es Gettos in Mecklenburg-Vorpommern? Das sagen Sie mir mal! Was ist mit Ihnen los heute, Frau Müller?)

Selbst aus der CDU haben sehr viele Abgeordnete des Bundestages unterschrieben bei dem großen Massenantrag „Daheim statt Heim“. Wir sollten uns das mal angucken.

Vizepräsident Hans Kreher: Frau Müller, Ihre Redezeit ist in 30 Sekunden beendet.

Irene Müller, DIE LINKE: Danke.

Übrigens schon seit Jahren, Herr Glawe.

(Harry Glawe, CDU: Ja, ich weiß auch nicht, was Sie haben heute. Es gibt hier kein Getto, es gibt hier kein Getto.)

Ja, Entgettoisierung heißt das.

(Harry Glawe, CDU: Enthospitalisierung meinen Sie vielleicht.)

Gettoisierung. Lesen Sie mal!

Viele andere Punkte sind noch zu bedenken von der UN-Konvention, so, wie es Frau Ministerin gesagt hat.

Ich bitte, unserer Änderung bei dem Antrag zuzustimmen, damit wir dann im Sozialausschuss wirklich die dementsprechende Bewegungsfreiheit haben, eine Entwicklungskonzeption vorzulegen für Menschen mit Behinderungen, die sich auf Selbstständigkeit und auf Menschenwürde ausrichtet und nicht ausschließlich auf Hilfe und Sonderangebote.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Müller.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heydorn von der Fraktion der SPD.

Jörg Heydorn, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich hatte mich umfassend auf dieses Thema vorbereitet.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Michael Roof, FDP)

Aber nach den klaren Formulierungen meines Kollegen Harry Glawe von der CDU-Fraktion kann ich das an der Stelle sehr kurz machen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Auch wir als SPD-Fraktion sind für eine Überweisung des Antrages sowie des Änderungsantrages der LINKEN in den Sozialausschuss und da werden wir dieses komplexe Thema vertiefen können.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, so ist es.)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Heydorn.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Grundidee des Antrages ist nachvollziehbar. Die Landesregierung soll also ein Entwicklungskonzept für eine Politik für Menschen mit Behinderung und/oder chronischer Erkrankung in Mecklenburg-Vorpommern erarbeiten.

Mit Ihrem Antrag, FDP-Fraktion, wird aber auch das ganze Dilemma der etablierten Politik deutlich. In der BRD und somit natürlich auch in Mecklenburg-Vorpommern wird die Politik nicht aus ganzheitlicher Sicht, sondern zur Erfüllung von Einzelinteressen, meist der Oberschicht, betrieben. Hin und wieder werden auch Teile des Volkes beglückt. Politik als Dienst am Volk und für das Volk ist für Sie ein Fremdwort.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ob jetzt allerdings der Antrag den politischen Fehlleistungen begegnen kann, wage ich stark zu bezweifeln. Mit einem Jahr geben Sie zumindest der Landesregierung ausreichend Zeit, um die vielen Fragen und Punkte von Ihnen zu beantworten. Die Landesregierung sieht sich, wie wir heute gehört haben, allerdings gar nicht in der Lage, innerhalb eines Jahres dieses Konzept vorzulegen. Und deshalb soll sich nun also der Sozialausschuss damit beschäftigen.

Teilhabe am öffentlichen Leben, dieses hat die Politik sicherzustellen. Es scheint einiges im Land quer zu liegen. Dabei sollte doch das Gesetz zur Gleichstellung, gleichberechtigten Teilhabe und Integration von Menschen mit Behinderung Gleichstellung und Barrierefreiheit sicherstellen. Mal sehen, was die Bestandsanalyse hergibt.

Insgesamt hat die FDP-Fraktion in dieser Woche deutlich gemacht: Der Abgeordnete Schnur, um ein Beispiel zu nennen, kennt sich noch nicht einmal im höchststrichterlichen Entscheidungsrecht aus,

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE,
und Sebastian Ratjen, FDP)

wonach zum Beispiel das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit auch für Musikveranstaltungen mit politischem Hintergrund gehört.

(Michael Roof, FDP: Herr Köster,
sprechen Sie doch mal zum Inhalt! –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Haben
Sie den falschen Zettel mit, oder was? –
Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

Meine Damen und Herren von der FDP-Fraktion, diese Woche hat sehr deutlich gemacht, dass Sie hier im Landtag vollkommen überflüssig sind. Bleiben Sie doch im nächsten Jahr besser zu Hause!

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Beifall bei Abgeordneten der Fraktion
der NPD – Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Vielleicht hilft Ihnen das.)

Vizepräsident Hans Kreher: Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Grabow von der Fraktion der FDP.

Ralf Grabow, FDP: Also, Herr Köster, was das eben mit dem Antrag zu tun hatte, weiß ich nicht, das passte nicht so richtig hin.

(Jochen Schulte, SPD: Ja, weiß er
auch nicht. Aber es stört ihn nicht.)

Insofern bedanke ich mich, dass wir an dieser Stelle auch so konstruktiv diskutiert haben. Ich hoffe, dass die Diskussion im Ausschuss weitergeht.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Ich sage mal, wir haben mit Absicht vieles offengelassen.

An dieser Stelle bedanke ich mich auch gleich bei den Verbänden und Vereinen, aber auch bei den Mitarbeitern in den Einrichtungen. Von dieser Stelle aus wünschen wir denen auch ein schönes Fest. Vielleicht wird das heute im NDR auch gesendet.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen
DIE LINKE und FDP)

Für Sie ein frohes Fest, ich glaube, von uns allen, nicht nur von mir, ich glaube, von allen Abgeordneten,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
„Antenne M-V“ bringt es bestimmt.)

weil da sind viele dabei, die auch am Wochenende und an den Feiertagen arbeiten müssen.

Das war nicht „Antenne“, sondern „Ostseewelle“, Herr Ritter, wenn Sie schon nicht zuhören.

Ich will an dieser Stelle sagen, was wir auch erreichen können bei allen. Wir haben eben gehört, wie viele Gesetze es schon gibt. Ich habe hier eines erlebt in den letzten Jahren. Ich kann ganz viele Gesetze haben, aber wir müssen sie leben. Und dieser Antrag ist ein Antrag dafür, dass wir möglicherweise dieses Thema leben und auch praktisch untermauern, denn alle Gesetze und die UN-Konvention helfen nichts, wenn an verschiedenen Stellen das Leben fehlt. Das ist auch ein Stückchen, was wir mit diesem Antrag nach draußen bringen wollen, nicht nur Gesetze zu beschließen, sondern sie auch umzusetzen und den Menschen draußen zu sagen, so muss das aussehen. – Ich bedanke mich und wünsche Ihnen allen ein frohes Fest, da ich der letzte Redner bin, und ein schönes und gesundes neues Jahr.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der CDU, SPD, DIE LINKE und FDP –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Normalerweise
macht das die Präsidentin.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Grabow. Der Letzte ist dann jetzt der Präsident.

Ich schließe die Aussprache.

Meine Damen und Herren, im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der FDP-Fraktion einschließlich des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2053 zur Beratung an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, zunächst möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir anschließend an diese Sitzung den Ältestenrat einberufen haben. Aber wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung.

Bevor ich die Sitzung schließe, gestatten Sie mir noch einen Hinweis: Die Einnahmen aus der Weihnachtsfeier des Landtages am Mittwoch haben einen Betrag von 2.026 Euro erreicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Wie Sie alle wissen, werden wir diesen Betrag dem DRK-Kinderheim „Hilde Coppi“ in Parchim zur Verfügung stellen.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen eine schöne Weihnachtszeit im Kreise Ihrer Familie und Freunde und ein gesundes neues Jahr 2008.

(Zurufe aus dem Plenum: 2009!)

Oh ja, ich bin noch ein bisschen zurück. 2009!

Ich möchte das allerdings auch mit dem Dank für die Zuarbeit verbinden, die wir hier im Hause von der Landtagsverwaltung, von allen, die hier im Hause dafür gesorgt haben, dass wir hier gut arbeiten können, erhalten haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Ich denke, wenn das nicht wäre, würden wir nicht so gut arbeiten.

Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 28. Januar 2009, 10.00 Uhr ein.

(Michael Andrejewski, NPD: 2010!)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 11.31 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Till Backhaus, Norbert Baunach, Rudolf Borchert, Sylvia Bretschneider, Werner Kuhn, Burkhard Lenz, Ilka Lochner-Borst, Dr. Wolfgang Methling, Jürgen Seidel und Erwin SELLERING.

Namentliche Abstimmung

über den

Antrag der Fraktion der NPD

**Grundlage für Piraterie entziehen – sinnvollen Einsatz
der deutschen Marine am Horn von Afrika durchsetzen**

– Drucksache 5/2061 –

Jastimmen

NPD

Andrejewski, Michael
Borrmann, Raimund
Köster, Stefan
Lüssow, Birger
Pastörs, Udo

Reinhardt, Marc
Ringguth, Wolf-Dieter
Rühs, Günter
Schlupp, Beate
Stein, Peter
Dr. von Storch, Henning
Timm, Udo
Vierkant, Jörg
Waldmüller, Wolfgang

Neinstimmen

SPD

Brodkorb, Mathias
Dankert, Reinhard
Heydorn, Jörg
Dr. Körner, Klaus-Michael
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Dr. Nieszery, Norbert
Peters, Angelika
Polzin, Heike
Dr. Ringstorff, Harald
Schildt, Ute
Schlotmann, Volker
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Dr. Seemann, Margret
Tegtmeier, Martina
Dr. Timm, Gottfried
Dr. Zielenkiewitz, Gerd

DIE LINKE

Bluhm, Andreas
Borchardt, Barbara
Griese, Wolfgang
Holter, Helmut
Koplin, Torsten
Dr. Linke, Marianne
Lück, Regine
Měšťan, Gabriele
Müller, Irene
Ritter, Peter
Schwebs, Birgit
Dr. Tack, Fritz

FDP

Grabow, Ralf
Kreher, Hans
Leonhard, Gino
Ratjen, Sebastian
Reese, Sigrun
Roolf, Michael
Schnur, Toralf

CDU

Caffier, Lorenz
Glawe, Harry
Holznagel, Renate
Dr. Jäger, Armin
Kokert, Vincent
Liskow, Egbert
Löttge, Mathias

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	58
Gültige Stimmen	58
Jastimmen.....	5
Neinstimmen	53
Enthaltungen	-